

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage 2019

Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland

Inhaltsverzeichnis

1 Abkürzungsverzeichnis

2 Zusammenfassung

4 A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

- 4 A.1 Geschäftstätigkeit
- 6 A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis
- 9 A.3 Anlageergebnis
- 11 A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten
- 11 A.5 Sonstige Angaben

12 B Governance-System

- 12 B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System
- 17 B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit
- 19 B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
- 23 B.4 Internes Kontrollsystem
- 25 B.5 Funktion der Internen Revision
- 26 B.6 Versicherungsmathematische Funktion
- 27 B.7 Outsourcing
- 29 B.8 Sonstige Angaben

31 C Risikoprofil

- 32 C.1 Versicherungstechnisches Risiko
- 33 C.2 Marktrisiko
- 36 C.3 Kreditrisiko
- 37 C.4 Liquiditätsrisiko
- 37 C.5 Operationelles Risiko
- 38 C.6 Andere wesentliche Risiken
- 39 C.7 Sonstige Angaben

40 D Bewertung für Solvabilitätszwecke

- 40 D.1 Vermögenswerte
- 48 D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen
- 57 D.3 Sonstige Verbindlichkeiten
- 60 D.4 Alternative Bewertungsmethoden
- 60 D.5 Sonstige Angaben

61 E Kapitalmanagement

- 61 E.1 Eigenmittel
- 63 E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung
- 64 E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung
- 64 E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen
- 65 E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung
- 65 E.6 Sonstige Angaben

66 Quantitative Meldebögen

- 66 S.02.01.02 Bilanz
- 68 S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen
- 69 S.05.02.01 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern
- 70 S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung
- 72 S.22.01.21 Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen
- 73 S.23.01.01 Eigenmittel
- 74 S.25.01.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden
- 75 S.28.01.01 Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungstätigkeit

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management (Notfallplanung)
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement (Basis-Solvenzkapitalanforderung)
BSM	Branchensimulationsmodell
bzw.	beziehungsweise
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
CIC	Complementary Identification Code
COBIT	Control Objectives for Information and Related Technology
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CRO	Chief Risk Officer
CTA	Contractual Trust Arrangement
CTO	Chief Technology Officer
d. h.	das heißt
DVO	Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 für Solvabilität II
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EK	Europäische Kommission
ESG	Economic Scenario Generator
EU	Europäische Union
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
HBV	Hauptbevollmächtigter
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards (Internationaler Rechnungslegungsstandard)
i. d. R.	in der Regel
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
ISMS	Information Security Management System
ISRM	Information Security & IT Risk Management
IT	Informationstechnologie
LIRC	Local Investment and Risk Committee
LoB	Line of Business (Geschäftsbereich)
LRC	Local Risk Committee
LTGA	Longterm Guarantee Assessment (Auswirkungsstudie zu Langfristigen Garantien)
MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)
MTP	Mittelfristplanung
Nr.	Nummer
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment (Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung)
RechVersV	Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RMF	Risikomanagementfunktion
RT	Maßnahme bei den versicherungstechnischen Rückstellungen
s.	siehe
S.	Seite
SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)
SII	Solvency II
Tsd.	Tausend
u. a.	unter anderen
VA	Maßnahme zur Volatilitätsanpassung der Zinskurve
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
vgl.	vergleiche
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VN	Versicherungsnehmer
z. B.	zum Beispiel
ZZR	Zinszusatzreserve

Zusammenfassung

Mit diesem Bericht über die Solvabilität und Finanzlage gibt die Swiss Life Niederlassung Einblicke in die Themenfelder Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis, Governance-System, Risikoprofil, Bewertung für Solvabilitätszwecke und Kapitalmanagement. Die Struktur ist durch die Delegierte Verordnung der Europäischen Kommission (2015/35) vorgegeben. Der Bericht enthält ausformulierte quantitative und qualitative Informationen, die gegebenenfalls durch Vorlagen im Anhang ergänzt werden. Die aktualisierten Hinweise der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die Versicherungsindustrie vom 04.12.2019 wurden im Bericht umgesetzt.

Die Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, ist Teil des Schweizer Swiss Life Konzerns und unterliegt der Aufsicht unter Solvency II in Deutschland.

Die Solvency II Anforderungen an die Geschäftsorganisation werden ordnungsgemäß umgesetzt. Dazu gehört, dass die vier Schlüsselfunktionen – die Risikomanagementfunktion (RMF), die Compliance-Funktion, die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) und die Funktion der Internen Revision – eingerichtet sind. Dabei wird vor allem darauf geachtet, dass diese die ihnen übertragenen Aufgaben unabhängig, objektiv und ohne Interessenskonflikte erfüllen können. Ebenfalls sind Verfahren eingerichtet, die die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit sicherstellen.

Mit den implementierten Risikomanagementprozessen werden die eingegangenen Risiken identifiziert, bewertet, überwacht und gesteuert. Es sind Risikotoleranzschwellen je Risikokategorie festgelegt und in Weisungen verabschiedet.

Im Risikoprofil werden zu einem bestimmten Stichtag alle identifizierten Risiken betrachtet, denen die Swiss Life Niederlassung ausgesetzt ist. Die wesentlichen Risiken der Swiss Life Niederlassung sind Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken. Die Risiken der Swiss Life Niederlassung werden permanent überwacht, gesteuert und bei Bedarf mit Maßnahmen unterlegt.

Zur Bestimmung der vorhandenen Eigenmittel wurde – unter Beachtung bestimmter Ansatz- und Bewertungsvorschriften – eine ökonomische Bilanz (Solvabilitätsübersicht) nach § 74 Abs. 1 VAG zum 31.12.2019 aufgestellt.

Die Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt dabei mit dem vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft zur Verfügung gestellten Branchensimulationsmodell (BSM). Im Kontext der Maßnahmen zur Berücksichtigung langfristiger Garantien wendet die Swiss Life Niederlassung, die Maßnahme zur Volatilitätsanpassung der Zinskurve (VA) und die Übergangsmaßnahme bei den versicherungstechnischen Rückstellungen (RT) zum stufenweisen Umstieg auf das neue Aufsichtsregime an. Die Auswirkung zeigt folgende Tabelle:

Auswirkungen von Volatilitätsanpassung (VA) und Rückstellungstransitional (RT) auf die Ergebnisse 31.12.2019

In Tsd. EUR

	mit VA und mit RT	mit VA und ohne RT	ohne VA und ohne RT
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	2.083.187	1.084.502	1.085.694
Solvenzkapitalanforderung	243.216	256.964	274.087
Solvenzkapitalanforderung-Bedeckung in Prozent	857%	422%	396%

Die Bedeckungsquote zum 31.12.2019 beträgt 857 % (2018: 1.071 %). Die Bedeckungsquote ohne Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen hat eine Höhe von 422 % (2018: 438 %). Ohne Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Berücksichtigung langfristiger Garantien ergibt sich eine Bedeckungsquote von 396 % (2018: 365 %).

Die besondere Risikolage im Zusammenhang mit Covid-19 (neuartiges Corona-Virus) beobachtet Swiss Life Niederlassung laufend und stimmt das Risikomanagement darauf ab. Teil des Krisenmanagements zur Sicherstellung der Gesundheit der Mitarbeiter und der Aufrechterhaltung der Geschäftsabläufe ist insbesondere die flächendeckende Einrichtung dezentraler Arbeitsplätze (Digital Workplace) bereits zu Beginn der Pandemie Anfang März 2020. Im Rahmen einer speziell eingerichteten TaskForce werden neben der Aufrechterhaltung der Geschäftsprozesse sowohl die operationellen Risiken als auch die versicherungstechnischen Risiken laufend beobachtet. Da die Swiss Life Niederlassung ein ausgewogenes Portfolio aus Sterblichkeits-, Invaliditäts- und Langlebigkeitsrisiken trägt, wird keine wesentliche Auswirkung auf das versicherungstechnische Risiko insgesamt im weiteren Verlauf der Pandemie erwartet. Die spürbaren Turbulenzen an den Finanzmärkten managt Swiss Life Niederlassung im Rahmen des kontinuierlichen Asset-Liability-Prozesses. Dabei setzt Swiss Life mit bonitätsstarken Anleihen und Immobilien vor allem auf risikoarme Investitionen. Zum Datum der Veröffentlichung des SFCR besteht daher trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten eine ausreichende Bedeckung und die Mindestanforderungen werden auch ohne Übergangsmaßnahmen weiterhin eingehalten.

Alle Eigenmittelbestandteile zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung können gemäß § 91 VAG der Qualifikationsklasse 1 zugeordnet werden. Die anrechenbaren Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung bleiben 2019 mit 2.083.157 Tsd. Euro nahezu auf dem Niveau vom Vorjahr (2018: 2.089.395 Tsd. Euro).

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Solvenzkapitalanforderung (SCR) erfolgt mit der Standardformel. Die Solvenzkapitalanforderung beträgt 243.216 Tsd. Euro (2018: 195.068 Tsd. Euro). Die Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus Marktwertveränderungen.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Name und Rechtsform des berichtenden Unternehmens

Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland (Swiss Life Niederlassung)
Zweigniederlassung der Swiss Life AG, Zürich

Als Niederlassung eines Unternehmens mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums unterliegt die Swiss Life Niederlassung der Aufsicht unter Solvency II in Deutschland.

Da für Niederlassungen aus Drittstaaten keine spezifischen aufsichtlichen Regelungen über die Veröffentlichung des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage bestehen, folgt die Erstellung des Berichts den allgemeinen Vorschriften der Artikel 290 bis 298 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 für Solvabilität II (DVO) sowie den aufsichtlichen Leitlinien über die Berichterstattung und die Veröffentlichung (EIOPA-BoS-15/109).

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228/4108-0
Fax: 0228/4108-1550

E-Mail: poststelle@BaFin.de

De-Mail: poststelle@BaFin.de-mail.de

Externe Prüfer

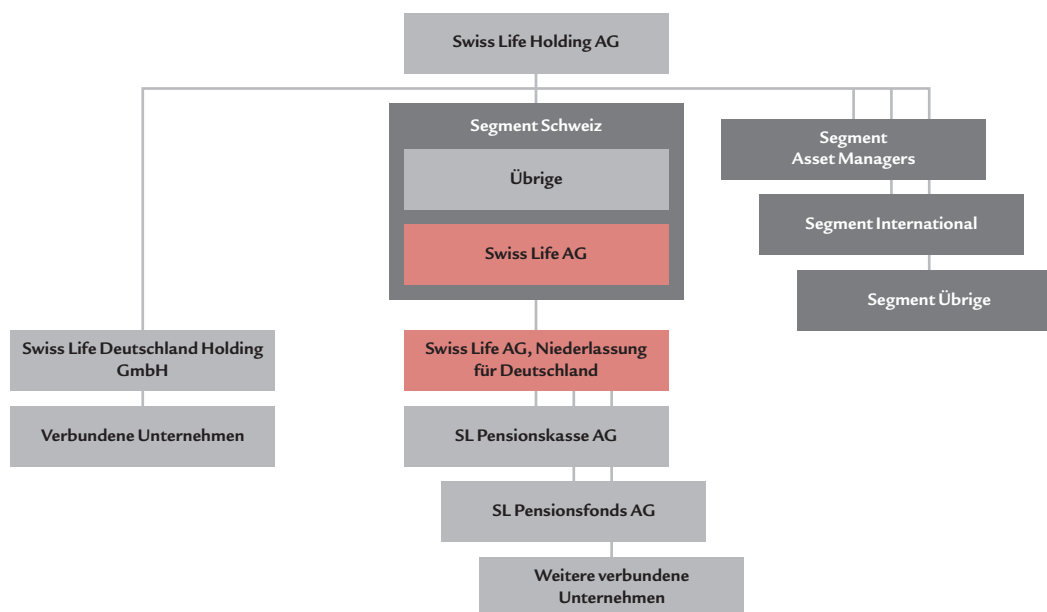
PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Bernhard-Wicki-Straße 8
80636 München

Beteiligtes Unternehmen

Die Swiss Life AG, Zürich, ist eine 100-prozentige Tochter der Swiss Life Holding AG, Zürich.

Unternehmensgruppe

Swiss Life Holding AG, Zürich, ist über die Tochtergesellschaft Swiss Life AG, Zürich, in Deutschland mit der Swiss Life Niederlassung vertreten, über die direkte und indirekte Beteiligungen an weiteren, überwiegend in Deutschland ansässigen, Gesellschaften gehalten werden.



Wichtige verbundene Unternehmen der Swiss Life Niederlassung

Name, Rechtsform, Land	Kapitalanteil
Financial Solutions AG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Grundstücksverwaltung KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien I KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien II KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien III KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien IV KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien V KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien VI KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien VII KG, Deutschland	100%
SL Beteiligungs-GmbH & Co. Immobilien Ost KG, Deutschland	100%
SL Immobilien-Beteiligungs-GmbH, Deutschland	100%
SL Private Equity GmbH, Deutschland	99%
Swiss Life GIO SYND Limited, Großbritannien	28%
Swiss Life Pensionsfonds AG, Deutschland	100%
Swiss Life Pensionskasse AG, Deutschland	100%
Swiss Life Service GmbH, Deutschland	100%

Wesentliche Geschäftsbereiche

Die Swiss Life Niederlassung betreibt das Lebensversicherungsgeschäft in nachfolgenden Geschäftsbereichen (sogenannte Line of Business (LoB)) unter Verwendung der in Anhang I der DVO definierten Geschäftsbereiche:

– *Krankenversicherung (Nr. 29 gemäß Anhang I DVO):*

Krankenversicherungsverpflichtungen, bei denen das zugrundeliegende Geschäft nicht auf einer der Lebensversicherung vergleichbaren technischen Basis betrieben wird. Hierunter fallen Produkte wie die Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung sowie die Pflegerentenversicherung

– *Versicherung mit Überschussbeteiligung (Nr. 30 gemäß Anhang I DVO):*

Verpflichtungen aus Versicherungen mit Überschussbeteiligung. Das von der Swiss Life Niederlassung angebotene Drei-Topf-Hybridprodukt Maximo wird im Kontext der Berichterstattung über die Solvabilität gesamthaft in diesem Geschäftsbereich ausgewiesen.

– *Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung (Nr. 31 gemäß Anhang I DVO):*

Verpflichtungen aus Versicherungen mit indexgebundenen und fondsgebundenen Leistungen

Wesentliche geografische Gebiete

Die Swiss Life Niederlassung verkauft Versicherungsprodukte ausschließlich in Deutschland.

Wesentliche Geschäftsvorfälle im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum fanden keine wesentlichen Geschäftsvorfälle oder Ereignisse statt, die einen erheblichen Einfluss auf die Swiss Life Niederlassung im Hinblick auf die Risiken oder die Unternehmenssteuerung hatten.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die Darstellung des versicherungstechnischen Ergebnisses im Hinblick auf Ansatz und Bewertung basiert auf dem handelsrechtlichen Abschluss der Swiss Life Niederlassung. Der Jahresabschluss und Lagebericht (Geschäftsbericht) ist auf der Internetseite der Swiss Life Niederlassung veröffentlicht:

<https://www.swisslife.de/ueber-uns/geschaeftergebnisse/geschaefterberichte.html>

Dieses Kapitel soll einen Überblick über wesentliche Quellen des versicherungstechnischen Ergebnisses geben. Die dargestellte Struktur folgt dem Meldebogen S.05.02.01 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (vgl. Anhang). Die einzelnen Elemente sind in den technischen Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren, Formate und Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage definiert. Nicht alle Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des handelsrechtlichen Abschlusses fließen hier ein.

Die Untergliederung des versicherungstechnischen Ergebnisses nach Ländern bzw. geografischen Gebieten ist auf Deutschland begrenzt, da das Versicherungsgeschäft der Swiss Life Niederlassung ausschließlich dort betrieben wird.

Die Überleitung der Positionen der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung zu den Elementen des versicherungstechnischen Ergebnisses wird im Folgenden erläutert. Die Aufteilung der Elemente auf Geschäftsbereiche ergänzt die Darstellung.

Prämien (bzw. Beiträge)

Gebuchte Prämien

In Tsd. EUR			
	Geschäftsbericht	31.12.2019	31.12.2018
Gebuchte Bruttobeiträge	S. 36	1.155.648	1.128.032
Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	S. 36	17.187	13.484
Brutto – gebuchte Prämien		1.172.835	1.141.516
davon			
Krankenversicherungen		391.882	374.134
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		712.530	716.919
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		68.423	50.463
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	S. 36	62.052	60.866
Netto – gebuchte Prämien		1.110.783	1.080.650
davon			
Krankenversicherungen		361.024	344.502
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		681.336	685.685
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		68.423	50.463

In den gebuchten Prämien sind, abweichend vom handelsrechtlichen Abschluss, auch die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung enthalten.

Verdiente Prämien

In Tsd. EUR			
	Geschäftsbericht	31.12.2019	31.12.2018
Gebuchte Prämien		1.172.835	1.169.132
Veränderung der Beitragsüberträge	S. 36	5.755	4.888
Brutto – verdiente Prämien		1.178.590	1.174.020
davon			
Krankenversicherungen		392.496	374.541
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		717.670	721.400
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		68.423	50.463
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	S. 36	62.052	60.866
Veränderung des Anteils des Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	S. 36	-301	-308
Netto – verdiente Prämien		1.116.838	1.085.846
davon			
Krankenversicherungen		361.962	345.250
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		686.453	690.133
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		68.423	50.463

Die verdienten Prämien umfassen, abweichend vom handelsrechtlichen Abschluss, auch die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

In Tsd. EUR			
	Geschäftsbericht	31.12.2019	31.12.2018
Zahlungen für Versicherungsfälle ¹	S. 37	1.059.908	1.035.986
Veränderungen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	S. 37	8.464	572
Brutto – Aufwendungen für Versicherungsfälle		1.068.372	1.036.558
davon			
Krankenversicherungen		120.093	111.087
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		908.529	893.473
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		39.749	31.998
Anteil der Rückversicherer	S. 37	31.565	32.352
Netto – Aufwendungen für Versicherungsfälle		1.036.806	1.004.206
davon			
Krankenversicherungen		113.219	105.451
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		883.838	866.757
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		39.749	31.998

¹ Ohne Verwaltungsaufwendungen für Regulierung und Rückkäufe

Abweichend vom handelsrechtlichen Abschluss gehören die Verwaltungsaufwendungen für Regulierung und Rückkäufe nicht zu den Zahlungen für Versicherungsfälle.

Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen

In Tsd. EUR			
	Geschäftsbericht	31.12.2019	31.12.2018
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Deckungsrückstellung	S. 37	497.867	257.650
Brutto – Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen		497.867	257.650
davon			
Krankenversicherungen		104.978	98.609
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		242.215	212.420
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		150.674	-53.379
Anteil der Rückversicherer	S. 37	8.666	11.038
Netto – Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen		489.201	246.612
davon			
Krankenversicherungen		96.312	87.571
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		242.215	212.420
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		150.674	-53.379

Die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen entspricht der Veränderung der Netto-Deckungsrückstellung in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Die Aufwendungen/Erträge aus der Verminderung/Erhöhung der im Rahmen des Zillmerverfahrens aktivierten, noch nicht fälligen Ansprüche auf Beiträge an die Versicherungsnehmer sind hier nicht enthalten. Nach lokaler Rechnungslegung werden diese unter den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen (vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 36 u. 38).

Versicherungstechnische Aufwendungen

In Tsd. EUR			
	Geschäftsbericht	31.12.2019	31.12.2018
Abschlussaufwendungen	S. 37	166.842	139.103
Verwaltungsaufwendungen	S. 37	36.825	36.005
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, für Schadenregulierung/Rückkäufe und Gemeinkosten abzgl. des Anteils der Rückversicherer	S. 37 u. 38	107.643	100.485
Angefallene Aufwendungen		311.310	275.593
davon			
Krankenversicherungen		99.404	90.727
Versicherungen mit Überschussbeteiligung		184.410	173.366
Indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen		27.497	11.500
Sonstige Aufwendungen	S. 37	8.430	5.929
Gesamtaufwendungen		319.740	281.522

Die im Berichtszeitraum angefallenen Personal- und Sachaufwendungen der Geschäftsbereiche bestehen aus Verwaltungsaufwendungen, Abschlusskosten, Aufwendungen für Anlageverwaltung, Aufwendungen für Schadenregulierung sowie Gemeinkosten abzüglich der Anteile der Rückversicherer.

Die sonstigen Aufwendungen enthalten versicherungstechnische Aufwendungen, die den angefallenen Aufwendungen der Geschäftsbereiche nicht zuzuordnen sind.

Die Klassifizierung der Personal- und Sachaufwendungen als versicherungstechnische Aufwendungen folgt den Vorgaben des technischen Durchführungsstandards. Aufwendungen für Steuern oder für erbrachte Dienstleistungen sind analog zum handelsrechtlichen Abschluss nicht Teil der versicherungstechnischen Aufwendungen. Im handelsrechtlichen Abschluss werden darüber hinaus auch Teile der Gemeinkosten unter den sonstigen nicht versicherungstechnischen Aufwendungen ausgewiesen (vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 38).

A.3 Anlageergebnis

Angaben zu Erträgen und Aufwendungen für Anlagegeschäfte, aufgeschlüsselt nach Vermögenswertklassen

Die Darstellung der Erträge und Aufwendungen für Anlagegeschäfte basiert im Hinblick auf Ansatz und Bewertung auf dem handelsrechtlichen Abschluss der Swiss Life Niederlassung. Dies gilt auch für die weitere Untergliederung nach planmäßigen / außerplanmäßigen Erträgen und Aufwendungen.

Die nachfolgend dargestellte Untergliederung nach Vermögenswertklassen orientiert sich an der Gliederung der Solvabilitätsübersicht. Diese basiert auf der Kategorisierung der Kapitalanlagen und Derivate durch den in den Anhängen IV bis VI des technischen Durchführungsstandards hinsichtlich der Meldebögen für die Übermittlung von Informationen an die Aufsichtsbehörde (Durchführungsverordnung (EU) 2015/2405 der EK) beschriebenen Complementary Identification Code (CIC).

Anlageergebnis

In Tsd. EUR

	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2018
Vermögenswertklasse	planmäßige Erträge und Aufwendungen	außerplanmäßige Erträge ¹	außerplanmäßige Aufwendungen ²	Gesamt Erträge und Aufwendungen	nicht realisierte Gewinne und Verluste	Gesamt Erträge und Aufwendungen	nicht realisierte Gewinne und Verluste
Immobilien (eigen- und fremdgenutzt)	31.392	41.567	0	72.959		97.332	
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	29.532	0	-329	29.203		30.049	
Aktien	280	83	-16	347		293	
Anleihen	139.271	40.344	-1.622	177.993		333.836	
Organismen für gemeinsame Anlagen	462.680	15.954	-16.172	462.462	11.194	242.533	-4.138
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	2.874	5.989	-14	8.849	126.030	4.375	-65.689
Darlehen und Hypotheken	17.884	0	0	17.884		20.424	
Derivate und Collateral	-5	0	0	-5		-14.985	
Erträge und Aufwendungen für Anlagegeschäfte	683.908	103.937	-18.153	769.692	137.224	713.857	-69.827
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen				63.074		54.817	
GESAMTE ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN FÜR ANLAGEGESCHÄFTE				706.618		659.040	

¹ Erträge aus Zuschreibungen und Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

² Außerplanmäßige Abschreibungen und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Planmäßige Erträge und Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Den laufenden Erträgen aus dem Anlagegeschäft von 701.925 Tsd. Euro (2018: 511.842 Tsd. Euro), welche sich aus Dividenden-, Zins- und Mieterträgen zusammensetzen, stehen planmäßige Abschreibungen auf Immobilien von 18.017 Tsd. Euro (2018: 18.451 Tsd. Euro) gegenüber.

Außerplanmäßige Erträge für Anlagegeschäfte

Neben den Gewinnen aus dem Abgang von Vermögenswerten in Höhe von 99.744 Tsd. Euro (2018: 243.168 Tsd. Euro) werden hier Zuschreibungen auf Vermögenswerte über 4.193 Tsd. Euro (2018: 2.319 Tsd. Euro) verbucht.

Außerplanmäßige Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Im Geschäftsjahr sind neben Abschreibungen über 2.367 Tsd. Euro (2018: 3.182 Tsd. Euro) auch Verluste aus dem Abgang von Vermögenswerten in Höhe von 15.786 Tsd. Euro (2018: 21.840 Tsd. Euro) zu verzeichnen.

Gesamte Erträge und Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Die gesamten Erträge und Aufwendungen für Anlagegeschäfte belaufen sich auf 769.692 Tsd. Euro (2018: 713.857 Tsd. Euro). Enthalten sind hierin auch die Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen für index- und fondsgebundene Verträge. Zusammen mit den handelsrechtlichen Verwaltungsaufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich ein Nettoergebnis von 706.618 Tsd. Euro (2018: 659.040 Tsd. Euro). Dies entspricht dem Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen für Kapitalanlagen und den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen und Aufwendungen für index- und fondsgebundene Verträge der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 36 bis 38).

Nicht realisierte Gewinne und Verluste

Die aus der Bilanzierung von Kapitalanlagen nach § 341d HGB (Zeitwertbilanzierung) entstandenen nicht realisierten Gewinne und Verluste belaufen sich auf 137.224 Tsd. Euro (2018: -69.827 Tsd. Euro). Davon entfallen 11.194 Tsd. Euro (2018: -4.138 Tsd. Euro) auf Fondskompo-

nenten des dynamischen Hybridprodukts, welche abweichend vom HGB-Abschluss (Bilanzposition «Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice») bei den Organismen für gemeinsame Anlagen ausgewiesen werden.

Informationen über direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste
Es wurden weder Gewinne noch Verluste direkt im Eigenkapital erfasst.

Informationen über Anlagen in Verbriefungen
Die Swiss Life Niederlassung verfügt über keine Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Die Kapitel «Versicherungstechnisches Ergebnis» und «Anlageergebnis» geben einen Überblick über Ausschnitte der Gewinn- und Verlustrechnung nach handelsrechtlichen Vorschriften. Neben den dargestellten Erträgen und Aufwendungen gibt es weitere versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Erträge und Aufwendungen, die in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Zu nennen sind hier insbesondere die Erträge und Aufwendungen aus erbrachten Dienstleistungen (vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 38 sowie S. 67).

Der unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen verbleibende Rohüberschuss wird für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer – in Form der Direktgutschrift oder als Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung – und zur Stärkung des handelsrechtlichen Eigenkapitals verwendet (vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 37 und 38 sowie S. 63).

Leasingvereinbarungen

Zum Jahresende 2019 beliefen sich die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingvereinbarungen auf 3.022 Tsd. Euro (2018: 1.196 Tsd. Euro; vgl. Geschäftsbericht 2019/S. 68). Die einzelnen Leasingvereinbarungen sind im Hinblick auf die Verpflichtungshöhe nicht wesentlich. Die Leasingverpflichtungen haben eine Restlaufzeit von bis zu fünf Jahren. Für keine ist eine Übertragung des Eigentums vorgesehen.

A.5 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit und das Geschäftsergebnis der Swiss Life Niederlassung im Berichtszeitraum liegen nicht vor.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Geschäftsleitung, Ausschüsse und Schlüsselfunktionen

Aufbau der Geschäftsleitung der Swiss Life Niederlassung

Die Swiss Life Niederlassung wird als rechtlich unselbstständige Niederlassung eines Unternehmens mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaatenunternehmen) im Sinne der §§ 67 bis 73 VAG gemäß § 68 Abs. 2 VAG von ihrem Hauptbevollmächtigten (HBV) geleitet. Als solches verfügt die Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, über kein gesellschaftsrechtliches Aufsichtsorgan im Inland.

Trotz der gesetzlich nach außen unbeschränkbaren Vollmacht zur alleinigen Vertretung der Niederlassung, war bzw. waren in der Swiss Life Niederlassung bereits vor dem Inkrafttreten von Solvency II aus Gründen der guten Corporate Governance ein kollegiales Geschäftsleitungsorgan sowie kollegiale Ausschüsse eingerichtet.

Aufgrund ihrer Eigenschaft als Niederlassung eines Drittstaatenunternehmens und der nach § 68 Abs. 2 VAG bestehenden rechtlichen Sonderstellung des Hauptbevollmächtigten besteht das Geschäftsleitungsorgan der Swiss Life Niederlassung im engeren rechtlichen Sinne nur aus dessen Person. Bei den übrigen, intern als weitere Geschäftsleitungsmitglieder bezeichneten Personen, handelt es sich im Sinne von Solvency II um Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten.

Die Geschäftsordnung regelt in diesem Sinne die Aufgaben und die Rolle des Hauptbevollmächtigten sowie seine Stellvertretung, die Zusammensetzung der Geschäftsleitung und die Aufgaben und Rollen der Geschäftsleitungsmitglieder sowie der Geschäftsleitung insgesamt.

Danach leitet der Hauptbevollmächtigte das Unternehmen weisungsunabhängig und ernennt und entlässt – im Einvernehmen mit den im Rahmen der funktionalen Governance zuständigen Stellen der Swiss Life Gruppe – die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung, den Verantwortlichen Aktuar, den Treuhänder für das Sicherungsvermögen und dessen Stellvertreter, die intern verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen oder sonstige Schlüsselaufgaben sowie alle weiteren Personen, die das Unternehmen bestellen muss. Dem Hauptbevollmächtigten obliegt ferner die Koordination aller Geschäftsleiterressorts.

Jedes weitere Mitglied der Geschäftsleitung leitet sein Ressort – in enger Abstimmung mit den im Rahmen der funktionalen Governance zuständigen Stellen im Swiss Life Konzern – selbstständig und unter eigener Verantwortung und berichtet direkt an den Hauptbevollmächtigten. Die Geschäftsleitungsmitglieder sind gleichberechtigt und gleichrangig und unterrichten sich gegenseitig laufend über wichtige Maßnahmen und Vorgänge in ihren Ressorts. Maßnahmen und Geschäfte, die mehrere Ressorts betreffen, sind zwischen den Geschäftsleitungsmitgliedern abzustimmen. Im Hinblick auf das aufsichtsrechtlich geforderte Vier-Augen-Prinzip bei jeder wesentlichen Entscheidung des Unternehmens, enthält die Geschäftsordnung der Geschäftsleitung eine Regelung, wonach wesentliche Entscheidungen nicht ohne Wissen und gegen den Willen des Hauptbevollmächtigten getroffen werden können und dürfen. Auch Entscheidungen des Konzerns im Rahmen der einheitlichen Leitung und der funktionalen Governance bedürfen mithin stets der gleichgerichteten Willensbildung des Hauptbevollmächtigten, um für die Swiss Life Niederlassung verbindlich zu sein.

Die Hauptaufgaben der Geschäftsleitungsmitglieder sowie die Ressortzuordnung und damit die Abgrenzung der Zuständigkeiten ergeben sich aus dem per 31. Dezember 2019 gültigen Geschäftsverteilungsplan wie folgt:

<i>Hauptbevollmächtigter:</i>	Jörg Arnold
<i>Leiter Versicherungsproduktion:</i>	Amar Banerjee (bis 31.12.2019)
<i>Chief Financial Officer:</i>	Dr. Daniel von Borries
<i>Leiter Vertriebe:</i>	Dr. Matthias Wald
<i>Chief Technical Office:</i>	Lothar Engelke (ab 01.07.2019) (Dr. Daniel von Borries bis 30.06.2019)

Ausschussstruktur

Zur Sitzungsentlastung wird die Geschäftsleitung durch ein Local Risk Committee (LRC) und ein Local Investment and Risk Committee (LIRC) unterstützt.

Das LRC ist das dauerhaft eingerichtete Gremium zu allen wesentlichen Aspekten des Risikomanagements. Hierzu zählen insbesondere die Beratung zu Meldungen im Rahmen des Risikokontrollprozesses und der Risikoberichterstattung, erforderliche Steuerungsmaßnahmen sowie das Notfallmanagement. Zudem dient das LRC den eingerichteten Schlüsselfunktionen der zweiten Verteidigungslinie (Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion) als gemeinsame Austauschplattform untereinander sowie mit dem Hauptbevollmächtigten. Zu den Aufgaben des LRC gehört ferner die Analyse von wesentlichen Revisionsberichten, die Erörterung der aus den Revisionen gewonnenen Erkenntnisse und geplanten Umsetzungsmaßnahmen sowie die Information über Revisions-Pendenzen.

Das LIRC ist das dauerhaft eingerichtete Gremium zu allen wesentlichen Aspekten des Kapitalanlagemanagements betreffend das Portfolio der Swiss Life Niederlassung. Hierzu zählen insbesondere die Definition und Überwachung der Richtlinien für übergreifende Steuerungsmaßnahmen (z. B. etwaige Gewinnrealisierungen), Entscheidungen über wesentliche Kapitalanlagetransaktionen, Prüfung von Empfehlungen und Entscheidungen zur Kapitalanlage vor ihrer Umsetzung sowie die Freigabe von neuen Produkten für die Kapitalanlage.

Das LRC und das LIRC nehmen im jeweiligen Aufgabengebiet Informationsaufgaben, Beratungsaufgaben und Entscheidungsaufgaben auf Basis der Zuarbeit und der von den Schlüsselfunktionen und weiteren Organisationsbereichen zur Verfügung gestellten Informationen wahr. Die Geschäftsleitung überträgt hierzu die entsprechenden Entscheidungsbefugnisse auf das LRC und das LIRC. Der Hauptbevollmächtigte informiert die Geschäftsleitung über die im LRC und LIRC gefassten Beschlüsse.

Einrichtung der vier Schlüsselfunktionen

Die Geschäftsorganisation der Swiss Life Niederlassung umfasst die vier in § 7 Nr. 9 VAG genannten Schlüsselfunktionen als eigenständige Organisationseinheiten:

- Risikomanagementfunktion (RMF)
- Compliance-Funktion
- Versicherungsmathematische Funktion (VMF)
- Funktion der Internen Revision

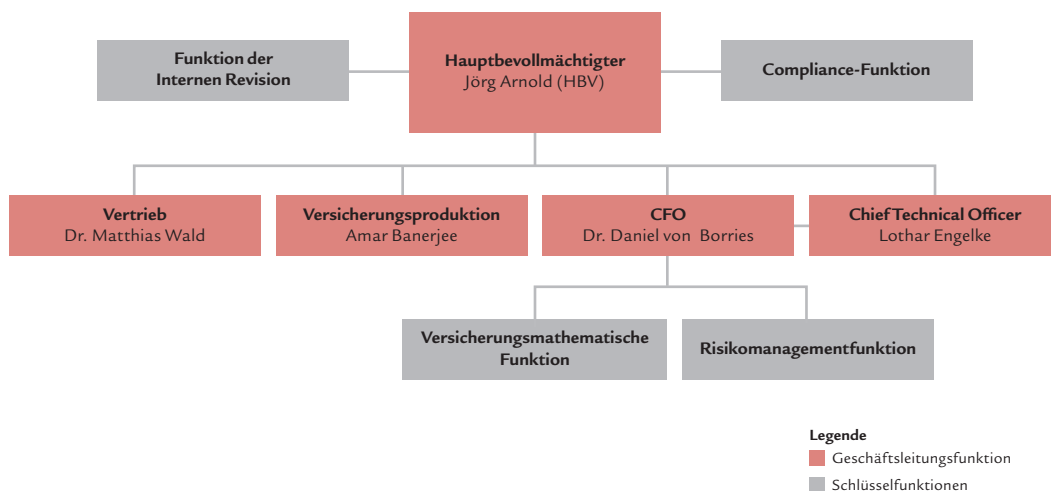
Die vier Schlüsselfunktionen stehen in der Unternehmenshierarchie gleichrangig und gleichberechtigt nebeneinander und unterliegen bezüglich der Aufgabenwahrnehmung der Schlüsselfunktion nur den Weisungen der Geschäftsleitung. Auch soweit die Schlüsselfunktionen im Rahmen der funktionalen Führung an die jeweilige Gruppenfunktion im Swiss Life Konzern berichten, sind sie in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Schlüsselfunktion von dieser weisungsunabhängig.

Die Compliance-Funktion und die Funktion der Internen Revision sind ressortseitig direkt an den Hauptbevollmächtigten angebunden und berichten unmittelbar an diesen. Die RMF und die VMF sind ressortseitig hingegen an den Chief Financial Officer (CFO) angebunden. Zur Sicherstellung der direkten Berichterstattung an den Hauptbevollmächtigten berichten die RMF und die VMF primär über das LRC.

Aufbauorganisatorisch ist die Schlüsselfunktion der VMF von der Geschäftsleitung auf den Leiter der Organisationseinheit Aktuariat übertragen worden. Die intern verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion VMF ist somit in Personalunion mit der Funktion des Verantwortlichen Aktuars gebündelt. Zur Vermeidung etwaiger Interessenkonflikte zwischen der Rolle der VMF und der Rolle des Verantwortlichen Aktuars sind angemessene flankierende Maßnahmen etabliert, die in der prozessualen oder personellen Trennung von Aufgaben im Rahmen der Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen, der Gestaltung des Rückversicherungsprogramms und der Überschussbeteiligung bestehen.

Um den für die Aufgabenwahrnehmung durch die Schlüsselfunktionen notwendigen Informationsfluss von der Geschäftsleitung an die Schlüsselfunktionen sicherzustellen, gibt es – neben den direkten Berichtslinien und regelmäßigen Abstimmungsgesprächen zwischen den intern verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen und dem jeweiligen ressortleitenden Geschäftsleitungsmitglied – bei Bedarf zudem einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der gesamten Geschäftsleitung im Rahmen der Geschäftsleitungssitzungen.

Die folgende Abbildung zeigt die organisatorische Eingliederung der Schlüsselfunktionen in die Geschäftsorganisation zum 31.12.2019.



Unter Berücksichtigung des Risikoprofils der Swiss Life Niederlassung sind die Schlüsselfunktionen in angemessener Weise mit ausreichenden personellen, sachlichen und sonstigen Mitteln für eine wirksame Aufgabenerfüllung ausgestattet.

Die Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse der vier Schlüsselfunktionen sind in den jeweiligen von der Geschäftsleitung verabschiedeten internen Leitlinien (Weisungen) beschrieben, die im Rahmen der Überprüfung der schriftlichen Leitlinien gemäß § 23 Abs. 3 VAG regelmäßig überprüft werden.

Zur Sicherstellung ihrer Wirksamkeit haben alle vier Schlüsselfunktionen eigenständige Informationsrechte bei allen für die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben relevanten Angelegenheiten. Zu diesem Zweck sind den Schlüsselfunktionen von allen Mitarbeitern in allen Unternehmensbereichen sämtliche für ihre Arbeit notwendigen Informationen jederzeit uneingeschränkt zugänglich zu machen. Zudem sind die Schlüsselfunktionen in sämtliche relevanten Informationsflüsse, die für ihre Aufgabenwahrnehmung von Bedeutung sein können, einzubinden. Die vier Schlüsselfunktionen sind berechtigt, ihre Auskunfts-, Einsichts- und Zugangsrechte aus eigener Initiative wahrzunehmen und unterliegen hierbei keinem Zustimmungsvorbehalt durch die Geschäftsleitung oder durch die jeweilige Gruppenfunktion.

Im Modell der «Three-Lines-of-Defense» bilden die operativen Einheiten die erste Verteidigungslinie. Die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die Versicherungsmathematische Funktion gehören zur zweiten Verteidigungslinie. Die Funktion der Internen Revision ist Element der dritten Verteidigungslinie. Die vier Schlüsselfunktionen arbeiten vertrauensvoll zusammen und tauschen sich über die für ihre Aufgabenwahrnehmung relevanten Informationen regelmäßig aus. Neben bilateralen Gesprächen zwischen den intern verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen findet der Austausch der Schlüsselfunktionen auch institutionalisiert im Rahmen der Sitzungen des LRC statt. Zur eindeutigen Abgrenzung der Zuständigkeiten der Schlüsselfunktionen voneinander und von weiteren Organisationseinheiten, enthalten die jeweiligen internen Leitlinien zudem angemessene Schnittstellendefinitionen.

Die Schlüsselfunktionen müssen jederzeit frei von Einflüssen sein, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können und dürfen daher keine operativen Aufgaben wahrnehmen, die mit ihrer Unabhängigkeit unvereinbar sind. Zur Sicherstellung ihrer vollständigen Unabhängigkeit ist in der unternehmensinternen Leitlinie zur Funktion der Internen Revision darüber hinaus geregelt, dass diese weder operative Aufgaben, noch solche des Risikomanagements oder sonstige Kontrollfunktionen wahrnimmt. Soweit Mitarbeiter der Swiss Life Niederlassung in die Interne Revision wechseln, ist ihnen zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Objektivität die Beteiligung an Prüfungen in ihrem früheren Tätigkeitsgebiet für die Dauer von einem Jahr untersagt.

Weitere Schlüsselaufgaben im Sinne von Solvency II sind unter Berücksichtigung des Proportionalitätsgedankens mit Blick auf den Geschäftsumfang und den hiermit verbundenen Risiken sowie der Anzahl der Mitarbeiter und der überschaubaren einfachen Organisationsstruktur innerhalb der Swiss Life Niederlassung derzeit nicht eingerichtet.

Weitere Informationen zu den Schlüsselfunktionen, z. B. zu den Aufgaben und den verfügbaren Ressourcen, sind in den folgenden Abschnitten dieses Berichts beschrieben:

– Risikomanagementfunktion: Abschnitt B.3

- Compliancefunktion: Abschnitt B.4
- Versicherungsmathematische Funktion: Abschnitt B.6
- Interne Revision: Abschnitt B.5

Wesentliche Änderungen des Governance-Systems

Das Unternehmen hat im Berichtszeitraum keine wesentlichen Änderungen an seinem Governance-System vorgenommen.

Grundsätze der Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütung des Hauptbevollmächtigten und der übrigen Geschäftsleitungsmitglieder der Swiss Life Niederlassung erfolgt unter Beachtung der Vergütungspolitik der Swiss Life Gruppe. Die Vergütungspolitik unterstützt die Leistungskultur als Bestandteil der Unternehmensstrategie und ist, abgeleitet von den Unternehmenswerten, Bestandteil der Personalpolitik. Die Festlegungen erfolgen im Einklang mit der Auslegungsentscheidung zu Aspekten der Vergütung im Rahmen der Vorgaben des Artikel 275 DVO (EU) 2015/35 und dienen dem Zweck, Fehlanreize im Hinblick auf eine unangemessene Steigerung der Risikoneigung und der Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu verhindern.

Basierend auf der Vergütungspolitik der Swiss Life Gruppe hat die Geschäftsleitung Vergütungsleitlinien für Schlüsselfunktionsinhaber sowie alle anderen Mitarbeiter der Swiss Life Niederlassung verabschiedet.

Der Vergütungsausschuss des Verwaltungsrats der Swiss Life Gruppe fungiert als unabhängiger Ausschuss, der dem Verwaltungsrat regelmäßig Unterstützung bei der Überwachung von Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken sowie ihrer Umsetzung und Funktionsweise leistet. Das in der Vergütungsleitlinie beschriebene Vergütungssystem ist Teil des Governance-Systems der Swiss Life Niederlassung. Die Geschäftsleitung ist für die Ausgestaltung und Überprüfung unter Einbeziehung der Leiterin Personal verantwortlich und berichtet an den Vergütungsausschuss.

Die Vergütungspolitik bzw. die Vergütungsleitlinien tragen dem Umstand Rechnung, dass der Hauptbevollmächtigte, die Mitglieder der Geschäftsleitung sowie die Schlüsselfunktionsinhaber mit ihren Tätigkeiten das Risikoprofil maßgeblich beeinflussen können.

Die Vergütung des Hauptbevollmächtigten und der Geschäftsleitungsmitglieder besteht aus variablen und festen Bestandteilen. Ein Teil der variablen Vergütung orientiert sich an den Jahreszielen und wird als Bonus ausgezahlt. Der andere Teil der variablen Vergütung orientiert sich an mittelfristigen Zielen – wie die nachhaltige erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie innerhalb eines Zeithorizonts von drei Jahren – und wird über ein Aktienbeteiligungsprogramm vergütet. Darüber hinaus sind der Hauptbevollmächtigte und die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder Teilnehmer einer arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung der Swiss Life Gruppe. Altersteilzeitmodelle bietet die Swiss Life Niederlassung nur in begründeten Ausnahmefällen an.

Auch die Vergütung von Schlüsselfunktionsinhabern besteht aus fixen und variablen Bestandteilen. Unter Berücksichtigung der BaFin-Freigrenze erfolgt die Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung (mindestens 40 % der variablen Vergütung) erst nach drei Jahren, wenn der wesentliche Teil der variablen Vergütung über 35 Tsd. Euro bzw. 20 % des festen Vergütungsbestandteils (bei unterstellter 100-prozentiger Zielerreichung) liegt. Die variable Ver-

gütung wird in Abhängigkeit zum Gesamtergebnis der Swiss Life Niederlassung festgelegt. Zusätzlich nehmen auch die Schlüsselfunktionsinhaber an einer betrieblichen Altersvorsorge der Swiss Life Gruppe teil.

Basierend auf den Vergütungsleitlinien erhalten auch die übrigen Mitarbeiter der Swiss Life Niederlassung neben einem festen Grundgehalt – abhängig von der Erreichung individuell vereinbarter Ziele und Kompetenzeinschätzungen – eine variable Vergütung, die einmal im Jahr als Bonus ausgezahlt wird. Der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung betrug für das Geschäftsjahr 2019 im Durchschnitt ca. 6 % (2018: 6 %; bezogen auf Tarifmitarbeiter und nichtleitende außertarifliche Mitarbeiter).

Wesentliche Transaktionen

Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum mit dem Hauptbevollmächtigten, den weiteren Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie mit dem Anteilseigner fanden nicht statt. Sofern Darlehen vergeben werden, erfolgt dies zu den üblichen Konditionen für Mitarbeiter der Swiss Life Niederlassung.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Spezifische Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben

Der Hauptbevollmächtigte und Personen, die die Geschäfte der Swiss Life Niederlassung tatsächlich führen oder beeinflussen können sowie Personen, die für Schlüsselfunktionen in Bezug auf die Tätigkeiten der Swiss Life Niederlassung verantwortlich sind, müssen fachlich geeignet und zuverlässig sein.

Fachliche Eignung bedeutet, dass die Personen aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen jederzeit in der Lage sind, ihre Position auszuüben. Um die sich wandelnden oder steigenden Anforderungen in Bezug auf die jeweilige Aufgabe zu erfüllen, schließt die fachliche Eignung auch stetige Weiterbildung ein. Die spezifischen Anforderungen an die fachliche Eignung werden bei Besetzung einer Funktion jeweils unter Beachtung des bestehenden Risikoprofils der Swiss Life Niederlassung festgelegt.

Die fachliche Eignung des Hauptbevollmächtigten bezieht sich auf die theoretischen und praktischen Kenntnisse in Versicherungsgeschäften sowie der Leitungserfahrung und muss im angemessenen Verhältnis zur Größe, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten des Unternehmens stehen.

Bei sonstigen in den Anwendungsbereichen einbezogenen Personen richtet sich die Anforderung an die fachliche Eignung nach den Verantwortlichkeiten, Tätigkeiten und Zuständigkeiten. Zu erfüllen sind alle entsprechenden Voraussetzungen, die durch Gesetze und/oder sonstige regulatorische Vorschriften zu beachten sind. Die spezifischen fachlichen Anforderungen an die jeweilige Funktion sind in den Funktionsbeschreibungen festzuhalten.

Persönliche Zuverlässigkeit bedeutet, dass die Personen stets über Ansehen und Integrität verfügen, unabhängig von Art, Umfang und Komplexität der mit der Geschäftstätigkeit einhergehenden Risiken.

Sofern sich die Geschäftsstrategie oder das Risikoprofil der Swiss Life Niederlassung erheblich ändert, wird geprüft, ob die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit in Anbetracht der Entwicklung der Swiss Life Niederlassung noch angemessen ist.

Anforderungen an die fachliche Qualifikation

Der Hauptbevollmächtigte hat neben versicherungsspezifischen Kenntnissen im Risikomanagement über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in den folgenden Bereichen zu verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte,
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell,
- Governance-System,
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse,
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Die Anforderungen an die fachliche Eignung der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, richten sich nach den Verantwortlichkeiten, Tätigkeiten und Zuständigkeiten im jeweiligen Fachbereich.

Die Anforderungen an die fachliche Eignung der intern verantwortlichen Personen für Schlüssel-funktionen ergeben sich aus den Stellen- bzw. Funktionsbeschreibungen zum Governance-System.

Zu erfüllen sind alle entsprechenden Voraussetzungen, die durch Gesetze und/oder sonstige regulatorische Vorschriften zu beachten sind.

Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit

Grundsätzlich wird Zuverlässigkeit unterstellt, wenn keine Tatsachen erkennbar sind, die Unzuverlässigkeit begründen. Mangelnde Zuverlässigkeit liegt u. a. vor, wenn dauerhafte Interessenkonflikte der Ausübung der Tätigkeit entgegenstehen, aufsichtliche Maßnahmen gegen die Person gerichtet sind oder waren, Straftaten im Vermögens- und Steuerbereich oder besonders schwere Kriminalität und Geldwäsche begangen wurden oder Verstöße gegen Ordnungsvorschriften stattgefunden haben.

Verfahren zur Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit

Erstbeurteilung vor Bestellung

Die Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit wird jeweils vor der erstmaligen Bestellung der Personen im Rahmen eines Auswahlverfahrens durchgeführt. Spätestens bei der wiederholten Bestellung des Hauptbevollmächtigten – dessen Bestellung jeweils auf maximal fünf Jahre begrenzt ist – erfolgt eine erneute Beurteilung.

Die Leitungs- und Verwaltungsorgane der Swiss Life Gruppe beurteilen den zur Auswahl stehenden Hauptbevollmächtigten unter Einbeziehung des Bereichs Personal der Swiss Life Gruppe. Bei der Beurteilung werden insbesondere Berufserfahrungen aus anderen Tätigkeiten, praktische Erfahrungen im Versicherungsgeschäft, theoretische Kenntnisse sowie Leitungserfahrung berücksichtigt.

Personen die das Unternehmen tatsächlich leiten, werden durch den Hauptbevollmächtigten und die Leitungs- und Verwaltungsorgane der Swiss Life Gruppe unter Einbeziehung des Bereichs Personal der Swiss Life Gruppe beurteilt.

Die Beurteilung von intern verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen nehmen der Hauptbevollmächtigte und die jeweils zuständigen fachlichen Stelleninhaber der Swiss Life Gruppe – ebenfalls unter Einbeziehung des Bereichs Personal – vor.

Die Beurteilung der fachlichen Qualifikation stützt sich u. a. auf persönliche Gespräche mit strukturierten Fragen zur fachlichen Qualifikation und zur Befähigung zur Leitung von Mitarbeitern sowie auf die bisherigen Berufserfahrungen.

Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit basiert insbesondere auf folgenden Nachweisen:

- polizeiliches Führungszeugnis,
- positive Erklärung und Unterschrift, dass keine laufenden Strafverfahren anhängig sind,
- Formular «Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit»,
- Nachweis, dass keine Interessenkonflikte bestehen und
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister.

Anlassbezogene Beurteilung

Wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Person

- das Unternehmen davon abhält, im Einklang mit den geltenden Gesetzen zu handeln,
- durch ihr Verhalten das Risiko von Finanzdelikten erhöht, z. B. Geldwäsche,
- das solide und umsichtige Management des Unternehmens gefährdet,

erfolgt eine anlassbezogene Beurteilung. In allen genannten Fällen wird eine detaillierte Untersuchung des Verdachtsfalls vorgenommen, mit dem Ziel, die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Person zu überprüfen und neu zu beurteilen. Im Falle eines Verdachts auf Straftaten ist die Hinzuziehung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden zu prüfen. Sofern aufgrund der oben genannten Untersuchung Mängel in der fachlichen Qualifikation eines Funktionsinhabers ursächlich sind, wird für die Person eine Nachschulung angeordnet. Im Falle eines Verstoßes gegen die oben genannten Zuverlässigkeitsvoraussetzungen wird die Person von ihrer Funktion abgelöst, insbesondere dann, wenn es sich um eine Straftat handeln sollte.

Darüber hinaus erfolgt eine erneute Beurteilung, wenn sich die Anforderungen an die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit aufgrund der Entwicklung des Unternehmens geändert haben.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Risikomanagementsystem

Der Hauptbevollmächtigte der Swiss Life Niederlassung ist für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation im Sinne von § 23 VAG verantwortlich und damit insbesondere auch

- für die Implementierung und Weiterentwicklung eines wirksamen Risikomanagements sowie
- für Entscheidungen über das Eingehen wesentlicher Risiken und
- darüber hinaus, wie man mit ihnen umgeht.

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die Organisationsstruktur ist darauf ausgerichtet, die Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie zu unterstützen. Die Organisation ist im Sinne eines funktionsfähigen Kontroll- und

Überwachungssystem in drei sogenannte «Verteidigungslinien» (Lines of Defense) aufgebaut und beinhaltet die Funktionen, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Die drei Schlüsselfunktionen der zweiten Verteidigungslinie berichten direkt an das LRC, das zentrale Entscheidungsgremium für die wesentlichen Aspekte des Risikomanagements. Die Entscheidungs- und Überwachungsprozesse des Risikomanagements erfolgen in Interaktion mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung. Im LRC sind der Hauptbevollmächtigte, der Chief Financial Officer (CFO) und der Chief Risk Officer (CRO), der zugleich die intern verantwortliche Person für das Risikomanagement ist, stimmberechtigt. Im LRC ist neben der intern verantwortlichen Person für die Versicherungsmathematische Funktion weiterhin die Compliance-Funktion beratend vertreten.

Risikomanagementprozess

Zentrale Elemente des Risikomanagements sind die Festlegung der Risikostrategie, der Risikomanagementprozesse und des internen Meldewesens. Die Elemente ermöglichen es, Risiken zu erkennen, zu bewerten, zu überwachen und zu steuern. Dies geschieht mittels aufbau- und ablauforganisatorischer Regelungen und durch ein Internes Kontrollsystem (IKS). Das IKS folgt dem Gruppenframework des Swiss Life Konzerns und lehnt sich an die Standards COSO II/ERM (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission) für den Business-Bereich an. Im IT-Bereich lehnt sich der Swiss Life Konzern an COBIT (Control Objectives for Information and Related Technology) an. Ferner orientiert man sich beim Information Security Management System (ISMS) an der Norm ISO 27002.

Risiken treten im gesamten Unternehmen und in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Über den Risikomanagementprozess werden daher alle Unternehmensbereiche angesprochen und alle Risikokategorien abgedeckt. Im Rahmen des Risikokontrollprozesses werden Risiken kontinuierlich identifiziert, analysiert, gesteuert und überwacht. Ebenfalls Teil des Risikomanagements bei der Swiss Life Niederlassung sind wesentliche Funktionsausgliederungen und Dienstleistungen im Sinne von § 32 VAG. In welchem Turnus eine Risikobetrachtung durchgeführt wird, hängt davon ab, wie schnell sich die entsprechenden Risiken verändern. Ferner besteht zur Früherkennung wesentlicher Risiken für die Risikoverantwortlichen in allen Organisationseinheiten eine Ad-hoc-Meldepflicht. Integriert in das Risikomanagement ist weiterhin das BCM (Business Continuity Management). Alle Erkenntnisse fließen in den jährlich zu erstellenden umfassenden Risikobericht ein (ORSA-Bericht).

ORSA

Nach Artikel 45 der Solvency II-Rahmenrichtlinie hat jedes Versicherungsunternehmen eine regelmäßige unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) durchzuführen. Der Bericht untersucht als Teil der integrierten Unternehmensplanung die Entwicklung der Solvabilitätssituation über den Planungshorizont des Unternehmens von drei Jahren.

Im Rahmen des ORSA wird die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätssituation vorausschauend beurteilt. Die Beurteilung umfasst:

- die kontinuierliche Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und der Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen,
- die Signifikanz der Abweichung des Risikoprofils von den dem aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf zugrunde liegenden Annahmen gemäß der Solvency II-Standardformel,
- den Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) unter Berücksichtigung von Risikoprofil, Risikotoleranzschwellen und Geschäftsstrategie.

Bei der Beurteilung des GSB der Swiss Life Niederlassung wird der Bedarf an Eigenmitteln zur Absicherung von Risiken – unter Berücksichtigung des Risikoprofils und der unternehmenseigenen Risikotoleranzschwellen unter Einbeziehung von Stresstests und Szenarioanalysen – betrachtet. Die Quantifizierung wird durch eine qualitative Beschreibung des Risikoprofils ergänzt. Im Rahmen der Beurteilung werden alle materiellen Risiken berücksichtigt.

Im Zuge der Mittelfristplanung sowie der vorausschauenden Beurteilung im Rahmen des ORSA werden hinsichtlich der Kapitalmarktentwicklung über den Planungshorizont zwei unterschiedliche Szenarien verwendet: ein Basis-Szenario und ein adverses Szenario.

Im ORSA-Bericht für 2019 wird für das Basis-Szenario angenommen, dass die Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts in den nächsten drei Jahren auf oder geringfügig unter dem Potenzialwachstum der Industrieländer liegen. Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU («Brexit»), politische Hindernisse in Form der US-Handelspolitik sowie die anhaltende Budgetkrise in Italien haben die Wahrscheinlichkeit einer vorübergehenden Rezession verstärkt. Insbesondere in exportorientierten Ländern wie Deutschland, Schweiz und Japan hat die Rezessionswahrscheinlichkeit über einen Zeitraum von drei Jahren zugenommen. Um eine länger andauernde und breit angelegte Rezession zu verhindern, bestehen eine Reihe von geld- sowie fiskalpolitischen Optionen. Die finanzielle Repression beschränkt die nominalen Anleiherenditen weiterhin. Es wird erwartet, dass die realen Zinssätze in Deutschland, der Schweiz und in Frankreich während des gesamten MTP-Zeithorizonts deutlich unter 1 % bleiben.

Im adversen Szenario geht man von einer Verschlimmerung der vorübergehenden Rezession in den einzelnen Regionen aus, die sich zu einer erneuten Bankenkrise ausweitet. Ein eskalierender Handels- und Technologiekrieg wird von steigenden Ausfallquoten bei Unternehmensschulden begleitet. Gleichzeitig wird angenommen, dass das Risiko einer Deflation in Europa durch die Sparpolitik in Deutschland gesteigert wird. Zudem werden europäische Banken durch italienische Risiken und noch niedrigere Negativzinsen belastet. In den Schwellenländern kommt es zu Kapitalabflüssen, welche eine Lockerung der Geldpolitik («monetary easing») durch die Notenbanken verhindert. Den negativen konjunkturellen Entwicklungen wird zur Bewältigung der Krise mit geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen entgegengewirkt.

Die Ergebnisse der vorausschauenden unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, die während des ORSA-Prozesses gewonnen wurden, werden im Local Risk Committee (LRC) diskutiert und sind in die geschäftliche Planung integriert. Besonders der Entwicklung der Eigenmittel und dem zukünftigen Kapitalbedarf in den dargestellten Szenarien werden eine besondere Beachtung geschenkt. Der ORSA wird in enger Zusammenarbeit von verschiedenen Organisationseinheiten erstellt. Die Organisationseinheit Risikomanagement übernimmt die Koordination des ORSA-Prozesses. Finanzwesen und Asset Management stellen Ist-Daten zur Bewertung zur Verfügung, Corporate Controlling liefert Plan-Daten zu und das Aktuariat berechnet die relevanten Zahlungsströme. Die bei den Berechnungen einfließenden Annahmen werden von der Geschäftsleitung getroffen, plausibilisiert und freigegeben. Die Geschäftsleitung diskutiert und genehmigt auch die berechneten Werte des ORSA und integriert die Ergebnisse in die weiteren Geschäftsplanungen. Diese enge organisatorische Zusammenarbeit mit Querverprobungen stellt eine hohe Qualität der Ergebnisse sicher. Die Ergebnisse des ORSA werden danach in der Unternehmenssteuerung verwendet.

Die Geschäftsleitung berücksichtigt die Erkenntnisse aus der Beurteilung des GSB, die Ergebnisse zur dauerhaften Erfüllbarkeit der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen sowie zur Erfüllung der Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen im Prozess der Unternehmenssteuerung aus dem ORSA. Die Beurteilung des GSB, der dauerhaften Erfüllbarkeit der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen sowie der Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen schließt ein, dass die Geschäftsleitung Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen zieht und Maßnahmen zum weiteren Umgang mit den Erkenntnissen plant, u. a. hinsichtlich der Eigenmittelausstattung. Dies schließt ebenfalls die Möglichkeit ein, dass keine weiteren Maßnahmen als erforderlich erachtet werden.

Die Geschäftsplanung, die Risikostrategie und die Risikotoleranz werden integriert betrachtet. Wesentlicher Bestandteil der Geschäftsstrategie ist die Übernahme von Risiken. Der Umgang mit den Risiken, die sich aus der Geschäftsstrategie ergeben, ist in der Risikostrategie beschrieben.

Da das betriebene Versicherungsgeschäft originär mit Risiken verbunden ist, ist eine vollständige Risikovermeidung nicht mit den Geschäftszielen vereinbar. Daher wurde eine Risikotoleranz definiert, welche den Umfang der Risiken beschreibt, die eingegangen werden dürfen. Die Risikotoleranz fließt in die Beurteilung des GSB über die konkrete Wahl der Methodik zur Bewertung der identifizierten materiellen Risiken ein. Die Risikotoleranz wird mit Hilfe von Limiten überwacht und gesteuert. Zusätzlich werden für die Hauptrisiken (Marktrisiken) Stresstests durchgeführt, um auch die Auswirkungen auf die Eigenmittel und die Solvency II-Quote zu ermitteln.

Der ORSA stellt eine Betrachtung zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Der regelmäßige ORSA wird einmal jährlich zu einem festen Stichtag durchgeführt. Ein nicht regelmäßiger ORSA, ein sogenannter Ad-hoc-ORSA, wird immer dann durchgeführt, wenn sich Art, Umfang oder Bewertung der Risiken signifikant ändern. Änderungen können eine Folge interner Entscheidungen und externer Faktoren sein. Indizien dafür bietet das installierte Limitsystem zum SCR.

Der Eintritt folgender Ereignisse wird regelmäßig hinsichtlich seiner Wirkung auf das Risikoprofil untersucht:

- wesentliche Änderungen des Kapitalanlageportfolios (inklusive Portfolio-Übertragungen),
- signifikante Änderungen der genehmigten Risikotoleranzschwellen oder Rückversicherungsvereinbarungen,
- Etablierung neuer Geschäftszweige,
- Bestandsübertragungen.

B.4 Internes Kontrollsystem

Das IKS wird durch die Summe aus systematisch gestalteten organisatorischen Maßnahmen und Kontrollen zur Sicherstellung der Korrektheit der finanziellen Berichterstattung, Einhaltung von Gesetzen und Aufsichtsrecht sowie zur Vermeidung operativer Verluste dargestellt. Das IKS umfasst somit Aktivitäten und Einrichtungen zur unternehmensinternen Kontrolle sowie ihre Beziehungen zueinander. Die Risiken, die im IKS betrachtet werden, sind alle der Risikokategorie «Operationelles Risiko» im Risikoinventar zuzuordnen. Die Risiken des IKS sind untergliedert in Financial Reporting Risiken, Compliance Risiken und Operations Risiken.

Um Lücken im IKS sowie damit einhergehende potenzielle Operationelle Risiken zu identifizieren, einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, wurden verschiedene Prozesse definiert. Diese werden über ein Controlling-System bzw. Methoden zur Identifikation von Risiken, Anforderungen und den entsprechenden Kontrollen unterstützt. Damit soll dem Eintreten signifikanter Operationeller Risiken bzw. Risikokonzentrationen im Kontext Operationeller Risiken entgegengewirkt werden.

Im Rahmen jährlich zu durchlaufender Prozesse werden die folgenden vier Betrachtungsfelder einer Bewertung unterzogen: IKS-Business, IKS-IT und Information Security Risk Management, kurz ISRM (alle angesiedelt im Qualitativen Risikomanagement), sowie IKS-Compliance (angesiedelt bei Compliance).

Zielsetzung ist, auf prozessualer Ebene (IKS-Business auf Process Level) über ein effektives IKS die Erfüllung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen (Compliance Risiken), eine fehlerfreie finanzielle Berichterstattung (Financial Reporting Risiken) sowie eine fehlerfreie Durchführung von Geschäftsprozessen (Operations Risiken) sicherzustellen. In diesem Kontext werden die entsprechenden Kontrollen, Risiken und Prozesse dokumentiert und die Kontrollqualität wird einer Einschätzung unterworfen (Assessments).

Auf Ebene des Unternehmens (IKS-Compliance auf Entity Level) wird ein Abgleich zwischen Anforderungen aus Gesetzen, aufsichtsrechtlichen Regelungen und internen Anweisungen mit dem Umsetzungsstand im Unternehmen vorgenommen. Daraus wird eine Einschätzung zum Erfüllungsgrad der Anforderung erstellt.

Im Kontext der wesentlichen IT-Applikationen/IT-Infrastruktur (IKS-IT) wird ein Abgleich zwischen COBIT (Control Objectives for Information and related Technology) und den bei der Swiss Life Niederlassung umgesetzten Verfahren generiert.

Genauso erfolgt im Kontext des ISRM nach Gruppensicht von Swiss Life ein Abgleich zwischen an COBIT und ISMS angelehnten IT-Security-Maßnahmen mit den in der Realität eingesetzten IT-Security-Maßnahmen. Hierbei wird eine Einschätzung bezüglich des Erfüllungsgrades der vordefinierten Standards getroffen.

Finales Resultat des jährlichen Prozessdurchlaufs ist eine aktuelle umfassende Dokumentation der IKS-relevanten Prozesse, der wesentlichen Systeme und Applikationen (IT-Map). Dazu werden die entsprechenden Risiken, Schlüsselkontrollen und Maßnahmen erfasst.

Die Compliance-Funktion als Teil des Internen Kontrollsystems

Hinsichtlich der Einhaltung von gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen, die nicht auf Prozessebene angesiedelt sind, ist die Compliance-Funktion als vom Internen Kontrollsystem der Swiss Life Niederlassung umfasstes Element im Rahmen des jährlichen IKS-Zyklus verantwortlich.

Die intern verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion Compliance hat als weitere Tätigkeiten die Leitung des Bereichs Recht, Compliance & Public Affairs der Swiss Life Deutschland Holding GmbH inne und übt zudem folgende Swiss Life gruppeninterne Mandate aus:

- Aufsichtsrat der Swiss Life Pensionskasse AG
- Aufsichtsrat der Swiss Life Pensionsfonds AG
- Vorstand der Swiss Life Unterstützungskasse e.V. (bis 30.06.2019)
- Vorstand der Financial Solutions AG Service & Vermittlung
- Geschäftsführer der Swiss Compare GmbH (bis 31.12.2019)

Der Stellvertreter der intern verantwortlichen Person hat als Group Compliance Officer als weitere Tätigkeit die Leitung der Complianceabteilung der Swiss Life Deutschland Holding GmbH inne. Die Compliance Officerin übt zudem die Funktion als Geldwäschebeauftragte aus. Der Complianceabteilung zugeordnet sind zudem der betriebliche Datenschutzbeauftragte und zwei Datenschutzexpertinnen.

Ziele der Compliance-Funktion sind:

- die Einhaltung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen und sonstiger externer oder interner Regeln und Vorgaben durch die Swiss Life Niederlassung sowie durch die für diese handelnden Organe und Mitarbeiter zu jeder Zeit zu gewährleisten,
- die Identifikation und Vermeidung von Compliance-Risiken und der damit verbundenen Folgen, vor allem möglicher negativer Auswirkungen auf die Reputation von Swiss Life,
- das Hinwirken auf eine jederzeit umsichtige und vorsichtige Unternehmensführung.

Aus diesen Zielen abgeleitet gehört zu den Hauptaufgaben der Compliance-Funktion:

- die Identifizierung und Beurteilung der Compliance-Risiken,
- die risikoorientierte Überwachung, ob die Einhaltung der geltenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen durch angemessene und wirksame interne Verfahren sichergestellt wird,
- die Beratung und Unterstützung von Geschäftsleitung und Mitarbeitern in allen Compliance-Fragen, insbesondere in Bezug auf die Einhaltung der für die geschäftliche Tätigkeit geltenden Gesetze und Verordnungen,
- die frühzeitige Beobachtung und Beurteilung von Änderungen des Rechtsumfelds sowie mögliche Auswirkungen daraus für die Tätigkeit der Swiss Life Niederlassung und die Information der Geschäftsleitung,
- die Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Fachgremien sowie internen Projekten zur unternehmensindividuellen Umsetzung von gesetzlichen, regulatorischen und fachspezifischen Vorschriften,
- die Koordinierung des internen Weisungswesens,
- Meldestelle für compliance-relevante Vorfälle sowie deren Untersuchung und Aufklärung.

Alle Tätigkeiten und Aktivitäten, die während eines Geschäftsjahres durch die Compliance-Funktion zu erfolgen haben, sind im risikoorientierten Prüfungsplan enthalten. Dieser wird jährlich aufgestellt und fortlaufend aktualisiert.

Weitere Ausführungen zur Einbindung der Compliance-Funktion in das Governance-System sind im Kapitel «B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System» dargestellt.

B.5 Funktion der Internen Revision

Funktion der Internen Revision innerhalb des Unternehmens

Die Interne Revision unterstützt den Verwaltungsrat, den Prüfungsausschuss, die Konzerngeschäftsführung und den Hauptbevollmächtigten der Swiss Life Niederlassung bei der Erfüllung ihrer Pflichten. Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- sowie Beratungsdienstleistungen, deren Ziel es ist, Mehrwert zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Dabei wird ein systematischer Ansatz angewendet, welcher die Effektivität des Risikomanagements, die Kontroll- und Governance-Prozesse einschließlich einer Beurteilung der Minimierung bekannter Risiken durch das Management sowie neu auftretende Risiken bewertet und unbekannte Risiken identifiziert.

Der Leiter der Internen Revision ist organisatorisch dem Hauptbevollmächtigten der Swiss Life Niederlassung unterstellt und berichtet fachlich an den Head Corporate Internal Audit der Swiss Life Gruppe. Die Interne Revision der Swiss Life Niederlassung steht zur Sicherstellung einer hohen fachlichen Expertise ihrer Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen im regelmäßigen Austausch mit der Konzernrevision der Swiss Life Gruppe und nimmt zudem regelmäßig an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Die Definition der Internen Revision Deutschland, ihre Position innerhalb der Swiss Life Gruppe, ihre Mission, Aufgaben, Befugnisse und Verantwortung sind in der Geschäftsordnung der Internen Revision Deutschland festgelegt.

Folgende Standards und Anforderungen sind von der Internen Revision zwingend einzuhalten:

- «International Standards for the Professional Practice of Internal Auditing and the Code of Ethics of the Institute of Internal Auditors» (IIA),
- «Standards for IT Audit and Assurance and the Code of Professional Ethics of the Information Systems Audit and Control Association» (ISACA),
- Deutsche Gesetze und BaFin-Rundschreiben.

Der Leiter der Internen Revision der Swiss Life Niederlassung ist Inhaber der Schlüsselfunktion Interne Revision. Er muss jederzeit über die notwendigen beruflichen Qualifikationen und die persönliche Zuverlässigkeit («Fit & Proper-Kriterien») verfügen. Für Mitarbeiter, die für die Interne Revision arbeiten, ergeben sich die Anforderungen für ihre fachliche Eignung aus ihren jeweiligen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten.

Die Interne Revision arbeitet eng und vertrauensvoll mit den anderen Schlüsselfunktionen Compliance-Funktion, Risikomanagementfunktion und Versicherungsmathematische Funktion zusammen. Das Ziel dabei ist ein bereichsübergreifender Informationsaustausch in Form eines regelmäßigen Dialogs. Außerdem überwacht und beurteilt die Interne Revision die Prozesse und Kontrollen, welche von den anderen Schlüsselfunktionen implementiert wurden.

Unabhängigkeit und Objektivität

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- sowie Beratungsdienstleistungen für alle Organisationseinheiten. Die Interne Revision benötigt für die Erfüllung ihrer

Aufgaben unbeschränkter Zugriff auf relevante Informationen und muss unverzüglich – falls nötig ad hoc – über relevante Themen informiert werden.

Unter Berücksichtigung des Modells «Three-Lines-of-Defense» sind die Aufgaben der Internen Revision deutlich abgegrenzt von den anderen Schlüsselfunktionen und allen übrigen organisatorischen Einheiten.

Die Interne Revision ist unabhängig. Interne Revisoren erfüllen ihre Pflichten in einer objektiven Art und Weise. Um die Unabhängigkeit sicherzustellen, berichtet der Head Corporate Internal Audit an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats. Die Interne Revision führt keine operativen Aufgaben aus und übernimmt keine Tätigkeiten im Rahmen des laufenden Risikomanagements oder Kontrollfunktionen.

Mitarbeiter der Swiss Life Niederlassung, die dauerhaft in der Internen Revision tätig sind, dürfen für ein Jahr in ihrem früheren Zuständigkeitsbereich keine Prüfungen durchführen.

Angestellte, die nur vorübergehend der Internen Revision einer Swiss Life Organisation zugeteilt sind, dürfen in ihrem Zuständigkeitsbereich keine Prüfungen übernehmen.

Die Interne Revision hat unbeschränkte Prüfungsrechte innerhalb der Swiss Life Niederlassung. Sie hat jederzeit Zugriff auf alle Konten, Bücher, Aufzeichnungen, Systeme, Sachanlagen und Beschäftigte, um ihr Mandat zu erfüllen. Der Leiter der Internen Revision der Swiss Life Niederlassung hat einen offenen, direkten und unbeschränkten Zugang zum Hauptbevollmächtigten und der Geschäftsleitung der Swiss Life Niederlassung.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Organisatorische Umsetzung der Versicherungsmathematischen Funktion (VMF)

Die Schlüsselfunktion der VMF ist von der Geschäftsleitung der Swiss Life Niederlassung dem Leiter der Organisationseinheit Aktuariat übertragen, der direkt an den Chief Financial Officer (CFO) berichtet. Die intern verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion VMF wird in der Swiss Life Niederlassung somit in Personalunion mit der Funktion des Verantwortlichen Aktuars (VA) gebündelt.

Die Vermeidung etwaiger Interessenkonflikte zwischen der Rolle des VA und der VMF wird in der Swiss Life Niederlassung im Allgemeinen durch eine prozessuale und personelle Trennung der jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten betrieben. Ist in Einzelfällen keine personelle Trennung möglich, wird zumindest ein Vier-Augen-Prinzip eingehalten.

Die VMF steht in der Unternehmenshierarchie gleichrangig und gleichberechtigt und von diesen weisungsunabhängig neben der internen Revision, der Compliance-Funktion und der Risikomanagementfunktion und berichtet wie diese direkt und unmittelbar an die letztverantwortliche Geschäftsleitung der Swiss Life Niederlassung. Die Berichtslinie wird über das Local Risk Committee (LRC) sichergestellt, ein dauerhaftes, als ständiger Ausschuss der Geschäftsleitung eingerichtetes Gremium.

Die VMF hat ein eigenständiges Informationsrecht in allen für die Aufgaben der VMF relevanten Angelegenheiten innerhalb der Swiss Life Niederlassung unter Berücksichtigung der zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften. Zu diesem Zweck werden der VMF von allen Mitarbeitern in allen Unternehmensbereichen der Swiss Life Niederlassung sowie von der Geschäftsleitung Informationen jederzeit uneingeschränkt zugänglich gemacht, soweit die betroffenen Sachverhalte zur Erfüllung der Pflicht der VMF relevant sind. Die VMF ist berechtigt, die Auskunfts-, Einsichts- und Zugangsrechte aus eigener Initiative wahrzunehmen und unterliegt hierbei keinem Zustimmungsvorbehalt durch die Geschäftsleitung oder SL Gruppe.

Die Zuständigkeit der VMF umfasst die Gewährleistung der Koordination und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II bezüglich der zugrundeliegenden Daten, Annahmen und Modelle und der Berücksichtigung der zukünftigen Überschussbeteiligung. Zudem erstellt die VMF Stellungnahmen sowohl zur Rückversicherungs- als auch zur Zeichnungs- und Annahmepolitik. Die VMF unterstützt darüber hinaus das Risikomanagement der Swiss Life Niederlassung.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben wurde in der Swiss Life Niederlassung der Prozess «Koordination Berechnung der Versicherungstechnischen Rückstellungen und Erstellung des VMF-Berichts» implementiert, der jährlich durchzuführen und in das IKS der Swiss Life Niederlassung eingegliedert ist. Die Ergebnisse des Prozessdurchlaufes dokumentiert die VMF mindestens einmal jährlich in einem schriftlichen Bericht an die Geschäftsleitung der Swiss Life Niederlassung und stellt diesen im Rahmen der LRC-Sitzung vor. Zudem berichtet die VMF über jedes nach eigener Einschätzung größere bzw. wesentliche auftretende Problem im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung der Geschäftsleitung ad hoc.

B.7 Outsourcing

Outsourcing-Politik

Unter Outsourcing versteht die Swiss Life Niederlassung die Ausgliederung einer Tätigkeit auf einen Dienstleister, die typisch für das Unternehmen ist und ansonsten von diesem selbst erbracht werden würde.

Der Fremdbezug von nicht unternehmenstypischen Tätigkeiten oder unerheblichen Dienstleistungen wird nicht als Outsourcing betrachtet. Nicht unternehmenstypisch sind Tätigkeiten, die Unternehmen anderer Branchen in gleicher Weise benötigen. Eine Dienstleistung ist unerheblich, wenn sie nicht dauerhaft und häufig in Anspruch genommen wird und von untergeordneter Bedeutung für die Swiss Life Niederlassung ist. Ein Indiz für die fehlende Wesentlichkeit ist, wenn die ausgelagerte Tätigkeit weniger als 20 Tsd. Euro oder 10 % der Kosten des relevanten Tätigkeitsbereichs betragen.

Die Ausgliederung nachfolgender Kernfunktionen ist gemäß interner Vorgaben der Geschäftsleitung ausgeschlossen:

- die Verantwortung und die Leitungsaufgaben der Geschäftsleitung,
- Entscheidungen über die Unternehmenspolitik,
- Entscheidungen über das Risikomanagement,
- Entscheidungen über die strategische Anlagepolitik.

Auslagerung wichtiger operativer Funktionen oder Tätigkeiten

Wichtiges Outsourcing ist das Outsourcing von Tätigkeiten, die Schlüsselfunktionen oder wichtige Funktionen betreffen. Wichtig ist eine Funktion dann, wenn sie unentbehrlich für die Swiss Life Niederlassung ist – das heißt, wenn die Einheit ohne die Funktion nicht in der Lage wäre, ihre Dienstleistungen zu erbringen oder wenn die Funktion eine hohe Wettbewerbsrelevanz aufweist, nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Risiken hat, datenschutzrechtlich besonders relevant ist oder ihre Ausgliederung mit dem Übergang von Entscheidungsbefugnissen verbunden ist.

Die ausgegliederten wichtigen Funktionen sind in der folgenden Tabelle angegeben. Schlüsselfunktionen hat die Swiss Life Niederlassung nicht ausgegliedert.

Dienstleistung	Rechtsraum Dienstleister
Vermögensanlage und -verwaltung	Deutschland
Teilausgliederung in Bezug auf die Antragsbearbeitung, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung und Kundenbetreuung	Deutschland
Aktenauslagerung und -aufbewahrung	Deutschland
Teilausgliederung in Bezug auf Postbearbeitung	Deutschland
Teilausgliederung in Bezug auf die Elektronische Datenverarbeitung	Deutschland und Schweiz
Teilausgliederung in Bezug auf Geschäftspartnerbetreuung	Deutschland

Neben wichtigen Outsourcings gibt es auch sogenannte einfache Outsourcings. Dies sind Auslagerungen von Tätigkeiten, die unternehmenstypisch sind, aber keine Schlüsselfunktionen oder wichtige Funktionen betreffen.

Die Bewertung, ob eine Funktion oder Tätigkeit wichtig oder nicht wichtig ist, erfolgt gemeinschaftlich durch die operative Einheit, den Prozessverantwortlichen und die Rechtsabteilung. Danach wird eine Risikoanalyse durchgeführt. Diese erfolgt anlassbezogen bei Beschaffung eines neuen Outsourcings sowie bei einer wesentlichen Änderung des Risikoprofils. Von einer wesentlichen Änderung ist dann auszugehen, wenn der Outsourcing-Vertrag erheblich angepasst werden soll.

Sofern die Absicht besteht, wichtige Funktionen oder Tätigkeiten auszugliedern, wird dies bei der BaFin unter Vorlage des Vertragsentwurfs unverzüglich angezeigt.

Der Prozess der Beschaffung von Ausgliederungen erfolgt für wichtige und einfache Ausgliederungen gleichermaßen. Vor der Durchführung der Risikoanalyse werden im Rahmen einer Due Diligence die finanzielle, technische und tatsächliche Leistungsfähigkeit, der Kontrollrahmen sowie mögliche Interessenskonflikte des Dienstleisters überprüft.

Bei Ausgliederung einer Tätigkeit wird ein schriftlicher Outsourcing-Vertrag geschlossen, der unter anderem gewährleistet, dass die Swiss Life Niederlassung, die Abschlussprüfer und die Aufsichtsbehörde auf alle relevanten Daten zugreifen können, der Dienstleister mit der Aufsichtsbehörde zusammenarbeitet und die Aufsichtsbehörde Zugangsrechte zu den Räumen des Dienstleisters erhält, die sie selbst oder durch Dritte ausüben kann.

Im Rahmen der Verwaltung wird die vertragsgemäße Leistungserbringung des Dienstleisters überwacht, insbesondere auch, um bei wesentlichen Vertragsverletzungen rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können.

Bei der Beendigung des Outsourcings gewährleistet die Swiss Life Niederlassung, dass die zuvor ausgegliederte Tätigkeit weiterhin kontinuierlich und in ungeminderter Qualität erbracht wird.

Beschaffung, Verwaltung und Beendigung von Outsourcings werden dokumentiert.

Rechtsraum, in dem Dienstleister die betreffende Funktion oder Tätigkeit ausüben

Die Dienstleister der Swiss Life Niederlassung üben ihre Tätigkeit in Deutschland oder in der Schweiz aus. Einziger Dienstleister in der Schweiz ist im Berichtszeitraum die Swiss Life AG. Ausgliederungen in die Schweiz unterliegen keinen besonderen Kontrollen, da insbesondere auch der Kontrollrahmen und die Zugangsrechte von der Europäischen Kommission als gleichwertig mit der in der EU maßgeblichen Solvency II-Richtlinie anerkannt sind.

B.8 Sonstige Angaben

Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Das Governance-System der Swiss Life Niederlassung ist mit Blick auf das zugrundeliegende Risikoprofil sowie die Risikostrategie als angemessen und verhältnismäßig zu beurteilen. Die Bewertung der Angemessenheit der Geschäftsorganisation stützt sich insbesondere auf:

- die Erkenntnisse und Berichte
 - der Internen Revision,
 - aus dem Risikomanagement,
 - der Compliancefunktion,
 - der versicherungsmathematischen Funktion,

- die Ergebnisse
 - der regelmäßigen Überprüfung der unternehmensinternen Leitlinien und vergleichbarer Unterlagen,
 - aus der Überprüfung des Internen Kontrollsystems.

Danach sind die gesetzlichen und aufsichtlichen Anforderungen der zu bewertenden Teile der Geschäftsorganisation vorhanden und weisen weder bedeutende Lücken noch wesentliche Mängel auf. Das bedeutet, dass die Organe, Funktionen, Leitlinien und weiteren Bestandteile der Geschäftsorganisation, z. B. Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Erfüllung von Berichtspflichten, den gesetzlichen und aufsichtlichen Vorgaben entsprechen. Zudem ist die gesamte Geschäftsorganisation darauf ausgerichtet, das Geschäftsmodell der Swiss Life Niederlassung zu unterstützen und an Art, Umfang und Komplexität der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken orientiert. Die Überprüfung und Bewertung der Angemessenheit der einzelnen Elemente des Governance-Systems ist Gegenstand laufender Aktivitäten und Maßnahmen. Insgesamt ist vor diesem Hintergrund davon auszugehen, dass das Governance-System der Swiss Life Niederlassung für die Erreichung der in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten Ziele angemessen ausgestaltet ist.

Veränderungen in der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung wurde per 01.01.2020 personell neu besetzt und der Ressortzuschnitt geändert. Herr Amar Banerjee ist per 31.12.2019 aus der Geschäftsleitung ausgeschieden. Die Herren Dirk von der Crone und Stefan Holzer wurden per 01.01.2020 als neue Geschäftsleitungsmitglieder bestellt. In diesem Zusammenhang hat Herr Holzer die Aufgaben von Herrn Banerjee übernommen. Herr von der Crone verantwortet das neu gebildete Geschäftsleitungsressort «Human Resources und Service» mit den Bereichen Personal, Einkauf, Logistik und Gebäude.

C Risikoprofil

Im Risikoprofil werden zu einem bestimmten Stichtag alle identifizierten Risiken betrachtet, denen die Swiss Life Niederlassung ausgesetzt ist oder sein könnte.

Die Risiken werden durch spezifische Risikomerkmale beschrieben, nach Risikokategorien gruppiert und anhand von Materialitätsgrenzen eingestuft. Dabei wird zwischen Basis-Solvvenzkapitalanforderung (BSCR)- und Nicht-BSCR-Risiken unterschieden. Die Beurteilung setzt auf der Solvency II-Standardformel auf und modifiziert diese bezüglich der Risiken, bei denen Abweichungen des Risikoprofils der Swiss Life Niederlassung von den Annahmen, die der Solvency II-Standardformel zugrunde liegen, identifiziert wurden.

BSCR-Risiken

- Versicherungstechnische Risiken
 - Leben
 - Kranken
- Marktrisiken
- Kreditrisiken

Nicht-BSCR-Risiken

- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Konzentrationsrisiken

Insgesamt sind die Abweichungen zwischen dem Risikoprofil und den nach den aufsichtsrechtlichen Anforderungen berechneten Bedarf an Solvenzkapital nicht substantiell. Die aufsichtsrechtlichen Brutto-Solvvenzkapitalanforderungen verteilen sich vor Diversifikation zu ca. 57 % auf das Marktrisiko (2018: ca. 58 %), ca. 27 % auf das Lebensversicherungstechnische Risiko (2018: ca. 25 %), ca. 53 % auf das Krankenversicherungstechnische Risiko (2018: ca. 53 %) und ca. 3% auf das Gegenparteausfallrisiko als Teil des Kreditrisikos im Risikoprofil (2018: ca. 3 %). Der Diversifikationseffekt beträgt ca. 40 % (2018: ca. 40 %).

Mit unserem eigenen Ansatz für die Ermittlung der Operationellen Risiken sinkt der Kapitalbedarf gegenüber dem Kapitalbedarf für das Operationelle Risiko nach der Solvency II-Standardformel, das auf einem reinen Volumenansatz basiert.

Die Swiss Life Niederlassung betrachtet Risiken, denen sie tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist, jeweils dann als materiell, wenn sie die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können.

Die Swiss Life Niederlassung unterscheidet drei Klassen hinsichtlich des Risikogehalts: niedrige, mittlere und hohe Risiken. Die Einordnung der Einzelrisiken in die oben genannten Klassen erfolgt anhand der Bewertung des jeweiligen Risikos mit dem Value at Risk (VaR) der ökonomischen Eigenmittel nach Solvency II. Niedrige Risiken sind nicht materielle Risiken, deren Entwicklung beobachtet wird. Ein darüberhinausgehendes Risikomanagement wird nicht vorgehalten. Mittlere und hohe Risiken sind materielle Risiken, die im Rahmen des Risikomanagements gesteuert und überwacht werden. Hohe Risiken sind materielle Risiken, die als potenziell bestandsgefährdend anzusehen sind. Hohe Risiken unterliegen daher einer besonderen Überwachung der Geschäftsleitung. Im Rahmen der hier dargestellten Beurteilung werden alle identifizierten materiellen Risiken berücksichtigt. Im Berichtszeitraum fanden keine wesentlichen Änderungen der Maßnahmen zur Bewertung der Risiken statt.

Für die Swiss Life Niederlassung gilt das Prinzip der Anlagefreiheit. Sie definiert die für ihr Vermögen geeigneten Kapitalanlagen und die dafür geltenden qualitativen und quantitativen Anforderungen selbst, im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

(«Prudent Person Principle») unter Wahrung der Interessen der Versicherungsnehmer sowie in Abstimmung der Kapitalanlagen mit den Verbindlichkeiten, so dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität der Anlagen gewährleistet werden können.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das Versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverpflichtungen aufgrund einer Abweichung zwischen dem erwarteten Aufwand für Schäden und Leistungen aus dem betriebenen Versicherungsgeschäft und dem tatsächlichen Aufwand, hervorgerufen durch Zufall, Irrtum oder Änderung.

Die Absicherung biometrischer Risiken (Langlebigkeit, Invalidität, Pflege oder Todesfall) gehört zu den Kernelementen des Produktangebots der Swiss Life Niederlassung. Die biometrischen Risiken sind dadurch gekennzeichnet, dass der Eintritt vertraglich vereinbarter Leistungen und Prämienzahlungen zufälligen Schwankungen unterliegt, während die vereinbarten Prämien der Höhe nach garantiert sind. Lebenserwartung sowie Sterbe- und Berufsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten können sich deutlich anders entwickeln als ursprünglich angenommen. Die tatsächliche Entwicklung dieser Wahrscheinlichkeiten und die Annahmen über das Versicherungsverhalten unterliegen einer regelmäßigen Kontrolle und Analyse. Die wesentlichen Risiken im Bestand der Swiss Life Niederlassung sind Langlebigkeit, Invalidität, Kosten und Storno.

Diese verteilen sich im Jahr 2019 ohne Diversifikationseffekte und verlustmindernde Wirkung der latenten Steuern und zukünftiger Überschussbeteiligung im Modul Kranken wie folgt: Invalidität 928.484 Tsd. Euro, Kosten 187.688 Tsd. Euro und Storno 1.183.960 Tsd. Euro. Im Modul Leben hingegen sind die wesentlichen Risiken im Bestand der Swiss Life Niederlassung Langlebigkeit, Kosten und Storno, die sich im Jahr 2019 ohne Diversifikationseffekte und verlustmindernde Wirkung der latenten Steuern und zukünftige Überschussbeteiligung folgendermaßen verteilen: Langlebigkeit 462.238 Tsd. Euro, Kosten 326.880 Tsd. Euro und Storno 319.640 Tsd. Euro.

In die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zur Risikobewertung nach Solvency II fließen die durch anerkannte statistische Verfahren ermittelten besten Schätzwerte für die biometrischen Wahrscheinlichkeiten, für das Versicherungsverhalten sowie für die Kosten ein. Eine regelmäßige Validierung der Angemessenheit dieser besten Schätzwerte sowie eine Bewertung der Hinlänglichkeit der zugrundeliegenden Daten wird im Rahmen der Prüfung der Angemessenheit und Verlässlichkeit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) gewährleistet. Die Bewertungen für das versicherungstechnische Risiko werden nach den Verfahren des Standardmodells von Solvency II durchgeführt. Wesentliche Änderungen hat es dabei im Berichtszeitraum nicht gegeben.

Eine Risikokonzentration ist durch ein entsprechend großes und diversifiziertes Portfolio bei der Swiss Life Niederlassung nicht gegeben, da keine erhöhte Exponierung gegenüber einzelnen Kunden im Vergleich zum Kollektiv besteht. Dies wird über eine aktive Zeichnungs- und Annahmepolitik gesteuert.

Zur Risikominderung sind Spitzenrisiken und Kumulrisiken im Bereich der Versicherungstechnik über Rückversicherungslösungen abgesichert. Bei der Auswahl der Rückversicherer achtet die Swiss Life Niederlassung systematisch auf deren Bonität. Gleichzeitig vermeidet die Swiss Life Niederlassung die Konzentration auf einzelne Rückversicherer.

Zur Validierung der Angemessenheit der Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen werden Sensitivitätsberechnungen auf den besten Schätzer der Verpflichtungen betrachtet.

Folgende Sensitivitäten werden betrachtet:

- höhere Sterblichkeitsraten,
- niedrigere Sterblichkeitsraten,
- höhere Kosten und Anstieg der Inflationsrate,
- Anstieg der Optionsausübungsquoten,
- Rückgang der Optionsausübungsquoten.

Insgesamt zeigen die Sensitivitäten erwartungsgemäß grundsätzlich geringe Auswirkungen auf den besten Schätzer. Für die drei wesentlichen Risiken des versicherungstechnischen Risikos Leben wurden detaillierte Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein 10 % höherer Stress als in der Standardformel im Langlebigkeitsrisiko führt zu einem Anstieg im versicherungstechnischen Risiko Leben («Brutto», vor Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung) von 35.426 Tsd. Euro. Dies führt insgesamt zu einer Reduktion der Solvabilitätsquote um 2 Prozentpunkte. Bei dem Kostenrisiko bewirkt ein 10 % höherer Stress einen Anstieg von 24.339 Tsd. Euro, was einen Rückgang der Solvabilitätsquote von 11 Prozentpunkten zur Folge hat. Aufgrund der niedrigeren Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung im Vergleich zum Stress beim Langlebigkeitsrisiko hat der Stress beim Kostenrisiko eine höhere Auswirkung auf die Solvabilitätsquote. Die Annahme eines 10 % höheren Stress im Stornorisiko führt zu einer Erhöhung des versicherungstechnischen Risikos Leben von 23.587 Tsd. Euro, was sich insgesamt mit einem Rückgang von 6 Prozentpunkt nur marginal auf die Solvabilitätsquote auswirkt.

Für die drei wesentlichen Risiken des versicherungstechnischen Risikos Kranken wurden ebenfalls detaillierte Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein 10 % höherer Stress als in der Standardformel beim Invaliditäts-/Morbiditätsrisiko führt zu einem Anstieg im versicherungstechnischen Risiko Kranken («Brutto», vor Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung) von 58.928 Tsd. Euro. Dies reduziert die Solvabilitätsquote um 6 Prozentpunkte. Bei dem Kostenrisiko bewirkt ein 10 % höherer Stress eine Veränderung von 14.854 Tsd. Euro oder eine Verringerung der Solvabilitätsquote um 5 Prozentpunkte. Ein 10 % höherer Stress im Stornorisiko führt zu einem Anstieg des versicherungstechnischen Risikos Kranken von 93.159 Tsd. Euro oder eine Reduktion der Solvabilitätsquote um 12 Prozentpunkte.

Versicherungstechnische Risiken werden nicht auf Zweckgesellschaften übertragen.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aufgrund von Veränderungen der Finanzlage, die sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise der Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten oder der Finanzinstrumente ergeben. Das Marktrisiko schließt das Risiko von Währungskursänderungen ein. Das Marktrisiko wird

nach den Verfahren des Standardmodells von Solvency II bewertet. Die Swiss Life Niederlassung definiert die für ihr Vermögen geeigneten Kapitalanlagen und die dafür geltenden qualitativen und quantitativen Anforderungen selbst, im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht («Prudent Person Principle») und unter Wahrung der Interessen der Versicherungsnehmer. Zu diesem Zweck werden in internen Weisungen die Kapitalanlagegrundsätze und zugelassenen Vermögensanlagen definiert.

Zinsänderungsrisiken

Darunter versteht man das Risiko eines Verlustes oder der nachteiligen Veränderung der Finanzlage, die sich aus Veränderungen der Zinskurve oder der Volatilität der Zinssätze ergibt. Als Risikoursache kommen Änderungen in der Erwartung hinsichtlich des Zinsniveaus über alle Laufzeiten hinweg oder Veränderungen in den Erwartungshaltungen bezüglich der zukünftigen Zinsschwankungen in Betracht.

Zinsänderungen wirken sich unmittelbar auf die Marktwerte der Aktiv- und Passivseite der ökonomischen Bilanz aus. Das Risiko aus einer Kapitalmarktzensänderung ergibt sich immer dann, wenn die Anlagezeiträume der Kapitalanlagen nicht mit den Fälligkeiten der versicherungstechnischen Verpflichtungen übereinstimmen. Ist beispielsweise die Duration der Finanzinstrumente auf der Aktivseite kürzer als auf der Passivseite, sinken die Eigenmittel bei einem Zinsrückgang. Im Rahmen des Asset-Liability-Managements achtet die Swiss Life Niederlassung deshalb auf eine möglichst gleichlaufende Duration der Aktiv- und Passivseite, um Zinsänderungsrisiken zu begrenzen.

Risiken aus Aktien

Zum Bilanzstichtag war der Aktienanteil im Kapitalanlageportfolio trotz einem leichten Ausbau der Position im vergangenen Jahr zu vernachlässigen.

Risiken aus Infrastrukturinvestments

Der Anteil von Infrastrukturinvestments am Kapitalanlageportfolio wurde leicht ausgebaut. Die Neuinvestments erfolgten ausschließlich durch den Erwerb von Fondsanteilen an Infrastrukturfonds. Deren Investitionen erfolgen breit gestreut, so dass das mittelbare Engagement von der Swiss Life Niederlassung an den einzelnen Infrastrukturprojekten letztlich jeweils sehr begrenzt ist.

Risiken aus Immobilien

Die Kapitalanlagen in Immobilien konnten im Geschäftsjahr planmäßig weiter ausgebaut werden. Um von den Vorteilen des niedrigen Zinsumfelds zu profitieren wurden die Investitionen ausschließlich über die Aufstockung von Fondsvehikeln (indirekt) mit jeweils unterschiedlichen Investitionsansätzen und Asset- und Fondsmanagern umgesetzt. Der Investitionsfokus dieser Vehikel konzentrierte sich vorrangig auf den Erwerb von Objekten in Deutschland (ca. 85 %). Mit etwa 15 % der Investments konnte das Portfolio aber auch im europäischen Ausland weiter ausgebaut werden. Auch im Hinblick auf Nutzungsarten konnte das Portfolio durch wesentliche Investitionen in den Sektoren Büro, Light Industrial, Wohnen und Einzelhandel weiter diversifiziert werden. Mit knapp 10 % des investierten Kapitals konnten darüber hinaus auch die Sektoren Parken, Healthcare, Logistik und Hotel ausgebaut werden.

Bei sämtlichen Fondsinvestments wird mit spezialisierten Asset- und Fondsmanagern zusammengearbeitet, die über Expertenteams mit langjähriger Erfahrung und lokaler Präsenz

verfügen. Trotz der anhaltend hohen und 2019 weiter gestiegenen Preisniveaus fokussiert Swiss Life bei der Investition in Immobilien weiterhin auf ausgezeichnete Lage- und Objektqualitäten sowie nach Möglichkeit langfristig gesicherte und diversifizierte Mietvertragsstrukturen, um auch bei einem eventuellen zukünftigen Abschwung am Immobilienmarkt anhaltend stabile Cashflows sicherzustellen.

Aufgrund der hohen Restlaufzeit der Mietverträge (ca. 9 Jahre) sowie der mit ca. 95 % hohen Vermietungsquote des Gesamtportfolios können aber auch selektiv überdurchschnittliche Renditechancen über die Beteiligung an einer Projektentwicklung (Wohnentwicklung in Köln) oder der Investition im Bereich Light Industrial wahrgenommen werden.

Zudem wird der hohe Preisdruck auf den Immobilienmärkten dafür genutzt, selektiv das Immobilienportfolio zu bereinigen. Im Geschäftsjahr konnten kleinteilige und unwirtschaftliche Wohn- und Büroimmobilien in C/D Lagen veräußert werden. Zur weiteren Verbesserung der Portfolioqualität soll auch im bevorstehenden Geschäftsjahr eine Reihe von Einzelhandelsobjekten in C-Städten Deutschlands veräußert werden.

Ergänzend zu der 2017 eingeführten Risikosoftware (systematische Erfassung und Monitoring von Risiken innerhalb des Immobilienbestands) wurde 2018 eine unabhängige Risk-Opinion als Teil der Gremienunterlagen mit in den Standardprozess integriert. Damit wurde auch 2019 der zusätzlichen und intensiveren Risikobetrachtung von Investitionsentscheidungen Rechnung getragen.

Währungsrisiken

Währungsrisiken entstehen durch Schwankungen der Wechselkurse. Die Swiss Life Niederlassung hält auch Kapitalanlagen, bei denen Zahlungsströme in einer anderen Währung als Euro generiert werden. Die Währungsrisiken werden nahezu vollständig über derivative Finanzinstrumente abgesichert.

Sonstige Anmerkungen zum Marktrisiko

Zur Überwachung der Risikokonzentration wird in der Kapitalanlage die Konzentration auf Valoren einzelner Emittenten überwacht und gesteuert.

Als Risikominderungstechnik des Marktrisikos dienen Derivate. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist auf die Verwendungszwecke «Verringerung von Risiken» oder «Erleichterung einer effizienten Portfoliosteuerung» begrenzt. Der Einsatz von Derivaten wird über interne Weisungen reglementiert.

Die wesentlichen Marktrisiken im Bestand der Swiss Life Niederlassung sind das Aktienrisiko und das Immobilienrisiko. Diese verteilen sich im Jahr 2019 ohne Diversifikationseffekte und verlustmindernde Wirkung der latenten Steuern und zukünftiger Überschussbeteiligung wie folgt: Aktienrisiko 775.105 Tsd. Euro und das Immobilienrisiko 458.629 Tsd. Euro. Bei der Risikobewertung werden dem Aktienstress auch Beteiligungen und Investments aus Immobilien zugewiesen, weshalb das resultierende Risiko im Aktienmodul als wesentlich angesehen wird.

Die Sensitivitäten zeigen insgesamt und erwartungsgemäß grundsätzlich geringe Auswirkungen auf den besten Schätzer der Verpflichtungen. Für die zwei wesentlichen Risiken des Marktrisikos wurden detaillierte Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein 10 % höherer Stress als in der Stan-

Standardformel im Aktienrisiko führt zu einem Anstieg im Marktrisiko («Brutto», vor Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung) von 73.687 Tsd. Euro. Dies bewirkt eine Verringerung der Solvabilitätsquote um ca. 1 Prozentpunkt. Beim Immobilienrisiko bewirkt ein 10 % höherer Stress einen Anstieg des Marktrisikos von 36.812 Tsd. Euro oder eine Verringerung der Solvabilitätsquote um ca. 1 Prozentpunkt.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls, der Veränderung der Bonität oder der Bewertung der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern, gegenüber denen die Swiss Life Niederlassung Forderungen hat und das in Form von Spreadrisiken, Gegenparteiausfallrisiken oder Marktrisikokonzentrationen auftritt. Das wesentliche Risiko, das Spreadrisiko, ist im Jahr 2019 ohne Diversifikationseffekte und verlustmindernde Wirkung der latenten Steuern und zukünftiger Überschussbeteiligung 752.851 Tsd. Euro.

Das Spreadrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Finanzlage. Dieses Risiko ergibt sich aus Veränderungen in der Höhe und der Volatilität der Credit Spreads über der risikofreien Zinskurve von Wertpapier- bzw. Derivateemittenten (ohne Sichteinlagen bei Kreditinstituten), bedingt durch den Ausfall oder aufgrund einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung der Bonität. Bei der Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderungen mit der Standardformel ist das Spreadrisiko Teil des Marktrisikomoduls.

Aus den vertraglichen Beziehungen der Swiss Life Niederlassung mit Wertpapieremittenten, Rückversicherern und anderen Schuldnern resultiert die Gefahr von Wertverlusten, sofern die vereinbarten Leistungen von der jeweiligen Vertragspartei nicht oder nicht vollumfänglich erfüllt werden. Zur Begrenzung dieser Risiken im Kapitalanlagebereich hält die Swiss Life Niederlassung bei festverzinslichen Anlagen überwiegend Papiere von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität. Das Kreditrisiko ist bei einer Konzentration von Anlagen auf einen oder wenige Emittenten besonders groß («Konzentrationsrisiko»). Um dem zu begegnen, begrenzt die Swiss Life Niederlassung ihr Engagement bei einzelnen Emittenten, abhängig von deren Kreditwürdigkeit, durch ein Limitsystem, das besonders enge Grenzen für durch Ratingagenturen niedrig eingestufte Anlagen (BBB und tiefer) setzt. Gegenüber dem Vorjahr ist das Konzentrationsrisiko gesunken. Es resultiert aus Covered Bonds, bei denen die Konzentrationsschwelle überschritten wurde. Das Konzentrationsrisiko ist aber nicht signifikant.

Risiken durch den Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Zum 31.12.2019 bestanden in geringem Ausmaß Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft. Entsprechenden Forderungen in der Kollektivversicherung stehen meist gleichwertige Guthaben der Versicherungsnehmer gegenüber. Ausstehende Provisionsrückforderungen, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, werden vollständig durch eine Vertrauensschadenversicherung abgedeckt. Diese finanziert sich aus einbehaltenen Provisionen. Darüber hinaus bestehen in begrenztem Umfang Forderungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft, die durch entsprechende Rückversicherungsdepots gedeckt sind.

Für das Spreadrisiko wurden detaillierte Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein 10 % höherer Stress als in der Standardformel im Spreadrisiko führt zu einem Anstieg im zugeordneten Risikomodul («Brutto», vor Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung) von 66.662 Tsd. Euro. Dies reduziert insgesamt die Solvabilitätsquote um 4 Prozentpunkte.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts durch mangelnde Fungibilität von Vermögenswerten, deren Realisierung zur Erfüllung von finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit notwendig wäre.

Liquiditätsrisiken können dann auftreten, wenn auf die Swiss Life Niederlassung unerwartet hohe Auszahlungsanforderungen zukommen, die nicht durch vorhandene Barbestände oder den rechtzeitigen Verkauf von Vermögensgegenständen abgedeckt werden können. Um diesem Risiko zu begegnen, führt die Swiss Life Niederlassung zur Risikominderung regelmäßig umfassende kurz- und mittelfristige Liquiditätsplanungen durch, hält einen gewissen Liquiditätspuffer vor und achtet bei der Neuanlage auf eine gute Veräußerbarkeit der Kapitalanlagen.

Im Rahmen des Liquiditätsmanagements werden die Liquiditätsgrade im Basisszenario sowie in den Stressszenarien als Limite nachgehalten. Bezüglich der kurzfristigen Liquidität werden zusätzliche Liquiditätsstresstests durchgeführt.

Die per 31.12.2019 durchgeführte Rechnung weist bei künftigen Prämien einen einkalkulierten erwarteten Gewinn, berechnet gemäß Artikel 260 Absatz 2 DVO, in Höhe von 448.488 Tsd. Euro aus.

C.5 Operationelles Risiko

Zu den Operationellen Risiken zählen alle Risiken aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen, insbesondere im Bereich Informationstechnologie und bei technischen Anlagen oder aus externen Ereignissen.

Halbjährlich identifiziert und bewertet die Swiss Life Niederlassung u. a. die wesentlichen Operationellen Risiken und erarbeitet Maßnahmen, um diese zu reduzieren. Die Geschäftsleitung wird im Rahmen der Risikoberichterstattung informiert und entscheidet darüber, welche Risiken durch geeignete Maßnahmen vermieden oder verringert und welche getragen werden können. 2019 erfolgten keine Risiko-Ad-hoc-Meldungen. Wesentliche Risikokonzentrationen für Operationelle Risiken konnten nicht festgestellt werden.

Ein wesentliches Instrument zur Risikominderung der Operationellen Risiken stellt das Interne Kontrollsystem dar. Regelungen und Kontrollen in den Organisationsbereichen beugen Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vor. Darüber hinaus ist jeder Mitarbeiter in seinem Handeln an den Code of Conduct der Swiss Life Niederlassung gebunden. Dieser legt Verhaltensregeln fest und bildet damit die Grundlage für eine rechtlich und ethisch korrekte Geschäftstätigkeit.

Schwerwiegende Ereignisse wie der Ausfall von Mitarbeitern oder Gebäuden können wesentliche operative Geschäftsprozesse gefährden. Im Rahmen einer Notfallplanung (BCM) trifft die Swiss Life Niederlassung mit definierten Verfahren Vorsorge für Störfälle, welche die Kontinuität der wichtigsten Geschäftsprozesse und -systeme gefährden könnten. Diese werden durch regelmäßige Übungen getestet.

Sensitivitäten für Operationelle Risiken werden auf Grund der vereinfachten Erfassung des Operationellen Risikos im Standardmodell nicht durchgeführt.

In die Kategorie der Operationellen Risiken gehören ebenfalls die Rechtsrisiken. Diese umfassen sowohl die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen als auch das Risiko, Verluste aufgrund einer Änderung der Rechtslage für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte zu erleiden. Die Konformität mit rechtlichen Bestimmungen wird über das fortlaufende Monitoring des rechtlichen und regulatorischen Umfelds und der entsprechenden internen Kommunikation sichergestellt. Insbesondere die vielfältigen vertraglichen Vereinbarungen und rechtlichen Rahmenbedingungen, denen die Versicherungsverträge unterliegen, werden laufend durch die Rechtsabteilung, die Steuerexperten sowie den Datenschutz- und den Geldwäschebeauftragten beobachtet.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Strategische Geschäftsentscheidungen beruhen auf Einschätzungen über die zukünftige Entwicklung. Damit bergen sie stets das Risiko, dass die prognostizierte Entwicklung nicht oder nicht in vollem Umfang eintritt. Zudem kann es in einem sehr dynamischen Umfeld zu Fehleinschätzungen über tatsächliche Trends und Entwicklungen des Markts kommen. Die Swiss Life Niederlassung beobachtet die Märkte kontinuierlich und stellt bei strategischen Entscheidungen sicher, dass Einschätzungen und Grundlagen transparent und nachvollziehbar sind. Die aktuelle Unternehmensstrategie wird, insbesondere im Hinblick auf die Vertriebsstruktur und das Produktangebot, regelmäßig überprüft und gegebenenfalls kurzfristig an ein verändertes Marktumfeld angepasst.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aufgrund einer Rufschädigung der Swiss Life Niederlassung infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden etc. Um langfristig für die Aktionäre, Kunden und Mitarbeiter am Markt erfolgreich zu sein, wird regelmäßig analysiert, wie die Swiss Life Niederlassung in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die Swiss Life Niederlassung strebt – intern wie extern – einen transparenten und offenen Dialog an. Ihre Kommunikationsstrategie definiert die Swiss Life Niederlassung in enger Abstimmung mit dem Konzern.

Die hier betrachteten Risiken werden durch das Risikomanagementsystem permanent überwacht. Diese Risiken wurden als nicht wesentlich identifiziert. Dabei wurden auch keine Risikokonzentrationen festgestellt. Bei Bedarf werden die durch das Risikomanagementsystem vorgesehenen Risikominderungstechniken zur Anwendung kommen.

C.7 Sonstige Angaben

Die besondere Risikolage im Zusammenhang mit Covid-19 (neuartiges Corona-Virus) beobachtet Swiss Life Niederlassung laufend und stimmt das Risikomanagement darauf ab. Teil des Krisenmanagements zur Sicherstellung der Gesundheit der Mitarbeiter und der Aufrechterhaltung der Geschäftsabläufe ist insbesondere die flächendeckende Einrichtung dezentraler Arbeitsplätze (Digital Workplace) bereits zu Beginn der Pandemie Anfang März 2020. Im Rahmen einer speziell eingerichteten TaskForce werden neben der Aufrechterhaltung der Geschäftsprozesse sowohl die operationellen Risiken als auch die versicherungstechnischen Risiken laufend beobachtet. Da die Swiss Life Niederlassung ein ausgewogenes Portfolio aus Sterblichkeits-, Invaliditäts- und Langlebighkeitsrisiken trägt, wird keine wesentliche Auswirkung auf das versicherungstechnische Risiko insgesamt im weiteren Verlauf der Pandemie erwartet. Die spürbaren Turbulenzen an den Finanzmärkten managt Swiss Life Niederlassung im Rahmen des kontinuierlichen Asset-Liability-Prozesses. Dabei setzt Swiss Life mit bonitätsstarken Anleihen und Immobilien vor allem auf risikoarme Investitionen. Zum Datum der Veröffentlichung des SFCR besteht daher trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten eine ausreichende Bedeckung und die Mindestanforderungen werden auch ohne Übergangsmaßnahmen weiterhin eingehalten.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht werden mit Marktwerten oder marktkonsistent im Sinne der §§ 74 bis 87 VAG bewertet. Sofern die Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) mit einer marktkonsistenten Bewertung nach § 74 VAG konsistent sind, erfolgen Ansatz und Bewertung nach IFRS gemäß Verordnung (EG) Nr. 1606/2002. Bei mehreren nach IFRS zulässigen Methoden wird diejenige angewendet, die konsistent zu § 74 VAG ist. Explizite Vorgaben zu Ansatz und Bewertung (vgl. Artikel 11 bis 15 DVO) existieren unter anderem für Eventualverbindlichkeiten, verbundene Unternehmen, finanzielle Verbindlichkeiten und latente Steuern.

Als ökonomischer Wert ist jener Preis definiert, zu dem die Vermögenswerte am Bewertungsstichtag in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern verkauft werden könnten.

Bei der Ermittlung der ökonomischen Werte wird mit Ausnahme der Bewertung von verbundenen Unternehmen folgende Bewertungshierarchie beachtet:

– Mark to market (Standardansatz)

Marktpreise, die an aktiven Märkten für den gleichen Vermögenswert bzw. für die gleiche Verbindlichkeit notiert sind. Bei der Festlegung, ob ein aktiver Markt vorliegt, sind die Kriterien für aktive Märkte gemäß IFRS 13 anzuwenden.

– Mark to model

Konstruierte Marktpreise unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen. Es sind verlässlich beobachtbare Preise auf aktiven Märkten von ähnlichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu verwenden.

– Alternative Bewertungsmethoden

Soweit die Kriterien eines aktiven Marktes nicht erfüllt sind, werden alternative Bewertungsmethoden verwendet. Sie stehen im Einklang mit dem Marktansatz, Ertragswertverfahren oder Kostenansatz (s. dazu Artikel 10 (7) DVO).

Bewertung von aktiven und nichtaktiven Märkten

Ein aktiver Markt muss nach IFRS kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllen:

- die auf dem Markt gehandelten Produkte sind homogen,
- vertragswillige Käufer und Verkäufer können i.d.R. jederzeit gefunden werden und
- Preise stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Ein Finanzinstrument wird als auf einem aktiven Markt notiert angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig von einer Börse, einem Händler oder Makler, einer Branchengruppe, einer Preis-Service-Agentur, (z. B. Reuters oder Bloomberg) oder einer Aufsichtsbehörde verfügbar sind und diese Preise tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen unter Beachtung des Fremdvergleichsgrundsatzes repräsentieren. Dabei bezieht sich die Swiss Life Niederlassung auf den vorteilhaftesten aktiven Markt, zu dem sie unmittelbar Zugang hat.

Bei allen Preisnotierungen auf organisierten Märkten wird grundsätzlich von einem aktiven Markt ausgegangen, da die Preise dort leicht und regelmäßig verfügbar sind und ihnen tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen zugrunde liegen. Ist das Handelsvolumen an organisierten Märkten jedoch ausnahmsweise relativ niedrig, wird im konkreten Einzelfall geprüft, ob die am organisierten Markt notierten Werte als auf einem aktiven Markt notiert anzusehen sind.

Bewertung je Vermögenswertklasse – auch im Vergleich zum HGB Abschluss

Im folgenden Abschnitt sind die wesentlichen Vermögenswerte der Swiss Life Niederlassung dargestellt. Die Bewertungsvorschriften unter Solvency II werden, soweit es sich um wesentliche Positionen in der Solvabilitätsübersicht handelt, in den nachfolgenden Erläuterungen angegeben. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Jahresabschluss der Finanzberichterstattung basieren auf den Vorschriften gemäß HGB und RechVersV. Die sich hieraus ergebenden Wertunterschiede in den einzelnen Positionen werden im Folgenden erläutert. Dabei zeigt die tabellarische Übersicht die wesentlichen Vermögenswerte unter Angabe ihrer Wertansätze in der Solvabilitätsübersicht sowie in der Finanzberichterstattung nach HGB.

In Tsd. EUR

	Solvency II 31.12.2019	HGB 31.12.2019 ¹	Abweichung absolut	Solvency II 31.12.2018	HGB 31.12.2018 ¹	Abweichung absolut
SII- / HGB-BILANZPOSITIONEN						
Abgegrenzte Abschlusskosten		109.087	-109.087		95.373	-95.373
Immaterielle Vermögenswerte		12.120	-12.120		12.921	-12.921
Sachanlagen und Vorräte	8.677	5.674	3.003	5.160	5.126	34
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	71.757	57.020	14.737	70.219	58.690	11.529
Immobilien, Sachanlagen für den Eigenbedarf	80.434	62.693	17.741	75.379	63.816	11.563
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	946.255	737.231	209.024	1.103.743	890.350	213.393
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	946.255	737.231	209.024	1.103.743	890.350	213.393
Anteile an verbundenen Unternehmen	834.497	674.452	160.045	818.514	650.619	167.895
Beteiligungen	95.618	64.526	31.092	90.230	65.186	25.045
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	930.115	738.978	191.137	908.744	715.805	192.939
Andere Kapitalanlagen	2	2		415	119	295
Aktien	2	2		415	119	295
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.674.427	1.292.593	381.835	1.158.364	1.116.679	41.684
Sonstige Ausleihungen	6.554.053	4.750.413	1.803.640	5.913.744	4.660.113	1.253.630
Anleihen	8.228.480	6.043.006	2.185.475	7.072.108	5.776.793	1.295.315
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.833.191	8.150.408	682.783	7.883.965	7.927.882	-43.917
Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice	136.554	136.554		66.731	66.731	
Organismen für gemeinsame Anlagen	8.969.745	8.286.962	682.783	7.950.696	7.994.613	-43.917
Derivate	96.654	0	96.654	19.729	0	19.729
Übrige Ausleihungen	14.764	14.118	645	13.141	12.788	354
Sonstige Kapitalanlagen	14.764	14.118	645	13.141	12.788	354
Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice	809.898	809.898		661.419	661.419	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	809.898	809.898		661.419	661.419	
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	468.281	420.474	47.807	527.120	481.408	45.711
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	22.130	22.130		26.449	26.449	
Sonstige Ausleihungen	21.557	21.557		20.752	20.893	-142
Darlehen und Hypotheken	511.968	464.161	47.807	574.320	528.751	45.569
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	-36.570	243.337	-279.907	-30.479	246.137	-276.616
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	20.822	20.759	63	61.339	61.283	56
Sachanlagen und Vorräte	67	67		67	67	
Sonstige Forderungen	52.669	52.669		55.998	55.998	
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	52.737	52.737		56.066	56.066	
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	27.739	27.739		27.219	27.219	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	27.739	27.739		27.219	27.219	
Sachanlagen und Vorräte	248	248		214	214	
Vorausbezahlte Versicherungsleistungen				88.093	88.093	
Sonstige Abgrenzungsposten	6.273	6.500	-227	49	326	-277
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	6.521	6.748	-227	88.356	88.633	-277
VERMÖGENSWERTE GESAMT	20.659.563	17.629.576	3.029.988	18.582.195	17.232.085	1.350.110

¹ Inklusive abgegrenzte Zinsen und Rechnungsabgrenzungsposten (Agien und Disagien aus zum Nominalwert bilanzierten Kapitalanlagen).

Abgegrenzte Abschlusskosten

Nach Solvency II sind Abschlussaufwendungen nicht aktivierbar. Nach HGB werden hier insbesondere die noch nicht fälligen Ansprüche auf Beiträge der Versicherungsnehmer (VN) ausgewiesen, soweit diese geleistete, rechnungsmäßig gedeckte Abschlussaufwendungen betreffen.

Immaterielle Vermögenswerte

In der Solvabilitätsübersicht werden keine immateriellen Vermögenswerte angesetzt. Nach HGB sind in diesem Posten aktivierte Ansprüche für EDV-Programme enthalten, soweit diese durch Fremde hergestellt wurden.

Immobilien, Sachanlagen für den Eigenbedarf

Sachanlagen werden nach IAS 16 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Das Neubewertungsmodell wird nicht angewendet, da der wirtschaftliche Wert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Es bestehen keine Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II-Wert und HGB-Buchwert.

Vermögensgegenstände aus Finanzierungsleasing werden nach IAS 17 bilanziert (s. dazu Kapitel D.3 Sonstige Verbindlichkeiten: Handel, nicht Versicherung).

Immobilien für den Eigenbedarf kommen mit den Zeitwerten zum Ansatz, die mittels Ertragswert- und Sachwertverfahren auf Grundlage externer Wertgutachten von öffentlich bestellten Sachverständigen jährlich ermittelt werden. Hiervon ausgenommen sind die in Erstellung befindlichen Bauten, für die als Zeitwerte die Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt werden.

Das teilweise fremdvermietete Bürogebäude der Swiss Life Niederlassung wird unter Solvency II nur mit dem eigengenutzten Anteil unter der Position «Immobilien, Sachanlagen für den Eigenbedarf» ausgewiesen. Der fremdvermietete Teil wird der Position «Immobilien (außer zur Eigennutzung)» zugeordnet.

Nach HGB werden Immobilien für den Eigenbedarf (HGB-Bilanzposition «Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken») zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – abzüglich linearer Abschreibungen – oder dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 HGB bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei einer dauerhaften Wertminderung. In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Die handelsrechtliche Regelabschreibung auf den Gebäudeanteil der Anschaffungskosten führen zu einem Bewertungsunterschied zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert.

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Immobilien (außer zur Eigennutzung) werden nach IAS 40 bilanziert und kommen mit den Zeitwerten zum Ansatz, die mittels Ertragswert- und Sachwertverfahren auf Grundlage externer Wertgutachten von öffentlich bestellten Sachverständigen jährlich ermittelt werden. Hiervon ausgenommen sind die in der Erstellung befindlichen Bauten, für die als Zeitwerte die Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt werden.

Nach HGB werden Immobilien (außer zur Eigennutzung – HGB-Bilanzposition «Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken») zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibungen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 HGB bilanziert.

Die handelsrechtliche Regelabschreibung auf den Gebäudeanteil der Anschaffungskosten senkt den handelsrechtlichen Buchwert, sodass es zu einem Anstieg des Bewertungsunterschieds zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert kommt. Dagegen führten Verkauf und Erwerb von Immobilien zu einem Rückgang der Bewertungsunterschiede zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Abweichend von der oben beschriebenen Bewertungshierarchie folgt die Bewertung von verbundenen Unternehmen folgender Rangfolge:

- Mark to market (Standardansatz)
- Angepasste Equity-Methode
Bewertung in Höhe des Anteils am Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, die konsistent zu § 74 VAG bewertet wurden.
- Equity-Methode nach IFRS
- Alternative Bewertungsmethode
Sofern eine Bewertung nach dem Standardansatz, der angepassten Equity-Methode oder der Equity-Methode nach IFRS nicht möglich ist, kann eine Bewertung auch nach der Methode erfolgen, die im Jahres- oder konsolidierten Abschluss verwendet wird. In diesen Fällen wird der immaterielle Vermögenswert und Geschäfts- oder Firmenwert abgezogen.

Für die bestehenden verbundenen Unternehmen liegen keine Marktpreise vor. Die Bewertung der Anteile erfolgt daher nach der angepassten Equity-Methode oder – wenn diese nicht praktikabel ist – gemäß der Equity-Methode nach IFRS bzw. nach der zur Erstellung des Jahres- oder konsolidierten Abschlusses verwendeten Methode.

In der lokalen Rechnungslegung werden Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen mit den Anschaffungskosten oder dem dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei einer dauerhaften Wertminderung. In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Die bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen bestehenden Bewertungsunterschiede zwischen dem Solvency II-Wert und HGB resultieren im Wesentlichen aus Beteiligungen an Immobiliengesellschaften, einer Private Equity Gesellschaft sowie der indirekten Beteiligung an einem Stromnetzbetreiber.

Aktien

Die für Aktien angesetzten Zeitwerte, welche den Bewertungsansatz darstellen, ermitteln sich aus dem Wert des Net-Asset-Value-Verfahrens.

In der lokalen Rechnungslegung werden Aktien (HGB-Bilanzposition «Andere Kapitalanlagen») mit den Anschaffungskosten bzw. mit den am Bilanzstichtag bestehenden niedrigeren Börsenwerten/Rücknahmepreisen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). In den Vorjahren vorge-

nommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Zum Stichtag bestehen keine Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB.

Anleihen

Der Wertansatz bei Anleihen ermittelt sich aus den Börsenkursen am Stichtag bzw. aus den Barwerten, die sich auf Grundlage von Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von Bewertungsunterschieden (Credit Spreads) ermitteln.

Handelsrechtlich erfolgt die Bilanzierung der in den Anleihen enthaltenen «Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere» entweder nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit den Anschaffungskosten bzw. den am Bilanzstichtag bestehenden niedrigeren Börsenwerten (strenges Niederstwertprinzip) oder – soweit sie der dauernden Vermögensanlage dienen – nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 2 HGB). In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben. «Sonstige Ausleihungen» in Form von Namensschuldverschreibungen werden gemäß § 341c HGB mit dem Nennbetrag angesetzt. Agio- bzw. Disagiobeträge werden durch aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung planmäßig auf die Laufzeit verteilt. Null-Kupon-Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 3 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich laufzeitabhängiger Zinszuschreibungen bzw. -abschreibungen angesetzt. Die Zinszuschreibung bzw. -abschreibung ermittelt sich mit Hilfe der Effektivzinsmethode. Im Einzelfall werden Einzelwertberichtigungen bzw. Abschreibungen vorgenommen.

Die Bewertungsunterschiede nach Solvency II und HGB resultieren, im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt, aus dem Zinsniveau am Bewertungsstichtag. Bei steigenden Zinsen und/oder einer Ausdehnung der Credit Spreads, reduzieren sich die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB. Kommt es dagegen zu einem Rückgang der Zinsen und/oder zu einer Einengung der Credit Spreads, erhöhen sich die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB entsprechend.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Bei der Ermittlung der Bilanzansätze für Investmentfonds werden die Rücknahmepreise der Kapitalverwaltungsgesellschaften angesetzt. Die Fondskomponenten des dynamischen Hybridproduktes werden – abweichend vom HGB Abschluss (Bilanzposition «Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice») – ebenfalls unter dieser Position ausgewiesen und nicht unter den Vermögenswerten für fonds- und indexgebundene Verträge.

Lokal werden Investmentfonds (HGB-Bilanzposition «Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere») mit den Anschaffungskosten bzw. mit den am Bilanzstichtag bestehenden niedrigeren Rücknahmepreisen bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Kapitalanlagen, soweit sie der dauernden Vermögensanlage dienen, werden mit den Anschaffungskosten oder dem dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei einer dauerhaften Wertminderung. In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Die am Bilanzstichtag bestehenden Bewertungsunterschiede sind auf alle Kapitalanlageklassen, in die die Fonds investieren, zurückzuführen. Der wesentliche Anteil resultiert aus Rentenfonds, die überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere investieren, welche vom niedrigen Zinsniveau profitieren. Die Ausweitung der Credit Spreads hat zu einem weiteren Anstieg der Bewertungsunterschiede geführt. Zusätzlich bestehen Bewertungsunterschiede aus Immobilien- und Infrastrukturfonds.

Derivate

Die Swiss Life Niederlassung hält ausschließlich OTC-Derivate im Bestand. Sie werden aus den Marktwerten der Basiswerte oder durch Ableitung aus Forward-Zins-Kurven unter Berücksichtigung von Bewertungsunterschieden (Geld-Brief-Spannen, Credit-Spreads) abgeleitet.

In der lokalen Rechnungslegung werden Derivate grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Derivative Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode bilanziert. Forwards auf Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen werden außerbilanziell geführt.

Die Bewertungsunterschiede zum Stichtag resultieren aus Forwards auf Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen.

Sonstige Kapitalanlagen

Der unter den «Sonstigen Kapitalanlagen» aktivierte Beitrag an den Sicherungsfonds der Lebensversicherer wird mit dem von der Gesellschaft mitgeteilten Wert angesetzt (HGB-Bilanzposition «übrige Ausleihungen»).

In der lokalen Rechnungslegung werden die «übrigen Ausleihungen» mit den Anschaffungskosten oder dem dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei einer dauerhaften Wertminderung. In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Der Bewertungsunterschied zwischen Solvency II und HGB resultiert aus dem – im Vergleich zum Erwerbszeitpunkt – gesunkenen Zinsniveau am Bewertungsstichtag und der Entwicklung des Aktienmarkts.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Die Wertansätze der Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Versicherungen werden aus den Börsenwerten/Rücknahmepreisen am Stichtag ermittelt bzw. aus dem Net-Asset-Value-Verfahren abgeleitet.

Im HGB Abschluss sind die Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Versicherungen (HGB-Bilanzposition «Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen») gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet.

Es bestehen keine Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB.

Darlehen und Hypotheken

Die Marktwerte der Darlehen und Hypotheken werden in der Regel mit der Barwertmethode auf Grundlage von Zinsstrukturkurven ermittelt. Risikoaspekten wird durch Berücksichtigung von Bewertungsunterschieden (Geld-Brief-Spannen, Credit Spreads) Rechnung getragen. Der Marktwert der Policendarlehen entspricht den Anschaffungskosten, da die Darlehen jederzeit kündbar sind. Der Wertansatz bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen ermittelt sich aus dem Net-Asset-Value-Verfahren.

Darlehen und Hypotheken (HGB-Bilanzposition «Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen» sowie «Sonstige Ausleihungen») werden gemäß § 341c Abs. 3 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten angesetzt. Einzelwertberichtigungen bzw. Abschreibungen werden im Einzelfall vorgenommen. «Ausleihungen an verbundene Unternehmen» werden in der lokalen Rechnungslegung mit den Anschaffungskosten oder dem dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei einer dauerhaften Wertminderung. In den Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden gemäß § 253 Abs. 5 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem zum Stichtag ermittelten Zeitwert zugeschrieben.

Bewertungsunterschiede ergeben sich, da der Zins zum Bewertungsstichtag vom Zins zum Ausleihezeitpunkt abweicht bzw. durch Änderungen im Net-Asset-Value.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Bewertung der Anteile des Rückversicherers an den versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen erfolgt gemäß § 86 VAG nach denselben Grundsätzen wie die Berechnung der versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen (s. dazu Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen). Die Zahlungsströme umfassen auch die zum Bewertungsstichtag offenen, jedoch noch nicht überfälligen Zahlungen. Etwaige überfällige Abrechnungsforderungen oder -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern werden unter den Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber dem Rückversicherer ausgewiesen.

Handelsrechtlich werden die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wie die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen nach § 341f HGB bewertet. Jegliche Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern werden verrechnet und, abhängig vom Betrag des Abrechnungssaldos, mit ihrem Nennbetrag entweder als Forderung oder Verbindlichkeit gegenüber Rückversicherern ausgewiesen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Der Marktwert der überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern entspricht dem Nennwert. Die Forderungen bestehen im Wesentlichen aus ausstehenden Beiträgen und Provisionsrückforderungen. Die Bewertung der Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern für HGB entspricht der Bewertung nach Solvency II. Nichtüberfällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern sind seit dem Geschäftsjahr 2019 Teil der vt. Rückstellungen (s. dazu Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen).

Forderungen gegenüber Rückversicherern

(s. dazu Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen)

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Forderungen (Handel, nicht Versicherung) werden zum Nennwert bilanziert und bestehen im Wesentlichen aus ausstehenden Dividendenzahlungen, Steuererstattungsansprüchen und Dienstleistungsvergütungen. Die Bewertung für HGB entspricht der Bewertung nach Solvency II.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Aufgrund des kurzfristigen Charakters der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden diese mit dem Nennbetrag berücksichtigt.

Handelsrechtlich werden Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (in HGB-Bilanzposition «Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand») mit dem Nennbetrag angesetzt.

Es bestehen keine Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte sind mit dem Nennbetrag angesetzt. Die Bewertung für HGB entspricht im Wesentlichen der Bewertung nach Solvency II. Vorauszahlungen gegenüber Versicherungsnehmern sind seit dem Geschäftsjahr 2019 Teil der vt. Rückstellungen (s. dazu Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen).

Darüber hinaus sind in dieser Position Vorräte erfasst, die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Da die Vermögensgegenstände – Büromaterial und Lebensmittel – in der Regel nur kurz vorgehalten werden, entspricht der beizulegende Zeitwert den Anschaffungskosten. Es bestehen keine Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen**Wert der versicherungstechnischen (vt.) Rückstellungen unter Solvency II sowie Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen**

Wert der vt. Rückstellungen

Unter Solvency II werden die vt. Verpflichtungen ökonomisch, d. h. zu ihrem Marktwert bewertet. In dieser Bewertung setzen sich die vt. Rückstellungen aus dem besten Schätzwert und der Risikomarge zusammen.

Die Swiss Life Niederlassung teilt das Versicherungsgeschäft unter Solvency II auf drei wesentliche Geschäftsbereiche auf: Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung (dazu gehören vor allem die Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen), Lebensversicherungen mit Überschussbeteiligung und fonds- und indexgebundene Versicherungen. Folgende Tabelle stellt den Wert der vt. Rückstellungen getrennt nach den drei wesentlichen Geschäftsbereichen nach Solvency II im Vergleich zum Vorjahr dar:

In Tsd. EUR			
	31.12.2019	31.12.2018	Abweichung absolut
Vt. Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	17.124.461	15.104.676	2.019.785
Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	750.002	543.745	206.257
Bester Schätzwert	681.899	493.979	187.920
Risikomarge	68.103	49.766	18.337
Vt. Rückstellung – Lebensversicherung (außer Krankenversicherung und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	16.374.459	14.560.931	1.813.528
Bester Schätzwert	16.105.511	14.341.925	1.763.586
Risikomarge	268.948	219.007	49.941
Vt. Rückstellungen – fonds- u. indexgebundene Versicherungen	548.285	483.374	64.911
Bester Schätzwert	534.219	473.941	60.278
Risikomarge	14.067	9.434	4.633
Vt. Rückstellungen gesamt	17.672.746	15.588.051	2.084.696

Auf die Veränderung der vt. Rückstellung wird unter «Wesentliche Änderungen der relevanten Annahmen im Berichtszeitraum» eingegangen.

Verwendete Grundlagen, Methoden und Annahmen

Die vt. Rückstellungen werden mithilfe des vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zur Verfügung gestellten Branchensimulationsmodells (BSM, Version 3.3) stochastisch (d.h. unter Betrachtung einer gewissen Anzahl möglicher Kapitalmarktpfade) bewertet. Die verwendete Version wurde durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer auf seine grundsätzliche Eignung zur Bewertung der vt. Rückstellungen unter Solvency II untersucht und für angemessen befunden. Zudem werden unternehmensspezifische Anpassungen am BSM zur Bestimmung der vt. Rückstellungen berücksichtigt. Die Kapitalmarktparameter (unter anderen Zinskurven, Aktien- und Immobilienvolatilitäten), die zur stochastischen Projektion der Zahlungsströme erforderlich sind, werden unter Verwendung des vom GDV zur Verfügung gestellten ökonomischen Szenario-Generators (ESG) erzeugt. Basis sind die von EIOPA zum Stichtag zur Verfügung gestellten Zinskurven.

Maßgeblich für die stochastische Projektion sind die deterministischen vt. Zahlungsströme (u. a. zukünftige Beiträge, Leistungen und Kosten), welche auf Basis eines Bestandsabzuges aus den Vertragsverwaltungssystemen mit iWorks Prophet von FIS in die Zukunft projiziert werden. Zudem fließt der gesamte Kapitalanlagebestand auf Basis eines Bestandabzugs der Kapitalanlagen zum Stichtag in die stochastische Projektion ein. Verwendet werden dabei insbesondere die aktuellen Marktwerte der Kapitalanlagen, sowie eine Projektion der zukünftigen Erträge und Nominalwerte bei Ablauf für die festverzinslichen Kapitalanlagen. Ebenso werden Managementregeln festgelegt, anhand derer z. B. der zukünftig zu erwartende Rohüberschuss auf Aktionäre und Versicherungsnehmer aufgeteilt wird. Dabei werden aufsichtsrechtliche Anforderungen (wie beispielsweise die Mindestzuführungsverordnung oder §140 VAG) berücksichtigt.

Der beste Schätzwert wird auf Basis einer stochastischen Projektion der vt. Zahlungsströme ermittelt und ist definiert als Summe der Erwartungswerrückstellungen für garantierte Leistungen im klassischen Geschäft, dem Wert der zukünftigen Überschussbeteiligung, dem Wert der Optionen sowie der vt. Rückstellungen für das fonds- und indexgebundene Geschäft. Die Erwartungswerrückstellung der garantierten Leistungen wird aus den diskontierten deterministischen Zahlungsströmen der garantierten Beiträge, Leistungen und Kosten ermittelt. Der Wert der zukünftigen Überschussbeteiligung entspricht dem Barwert der Leistungen aus zukünftiger Überschussbeteiligung. Der Zeitwert der Optionen ergibt sich aus der Differenz zwischen den garantierten vt. Zahlungsströmen und den durch Kundenverhalten geänderten vt. Zahlungsströmen. Die vt. Rückstellungen für das fonds- und indexgebundene Geschäft ergeben sich aus dem Zeitwert des Fondsguthabens abzgl. der Kosten-Biometrie-Marge.

Die Risikomarge stellt die Kapitalkosten dar, die ein Versicherungsunternehmen zusätzlich zum besten Schätzwert bereitstellen muss, wenn der Bestand unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen wird. Um die Risikomarge zu berechnen, verwendet die Swiss Life Niederlassung die Hierarchiestufe 2 im Sinne der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von vt. Rückstellungen¹. Dabei wird die Entwicklung des Kapitalbedarfs als proportional zu den besten Schätzwerten angenommen. Dieser basiert auf dem Kapitalbedarf für nicht-hedgebare Risiken (dazu gehören vt. Risiken und operationelle Risiken) zum Projektionsbeginn und der Projektion des besten Schätzwertes gemäß stochastischer Simulation. Bei der Berechnung der Risikomarge wird unterstellt, dass das Referenzunternehmen (auf das der Bestand übertragen werden soll) weder LTGA-Maßnahmen noch Übergangsmassnahmen anwendet.

Grad der Unsicherheit bezüglich des Betrags der vt. Rückstellungen unter Solvency II

Ökonomische Annahmen

Die Kapitalmarktparameter, die zur stochastischen Projektion der Zahlungsströme erforderlich sind, werden unter Verwendung des vom GDV zur Verfügung gestellten ESGs erzeugt. Basis sind die von EIOPA zum Stichtag zur Verfügung gestellten Zinskurven. Die Swiss Life Niederlassung generiert damit 1.000 Szenarien für die stochastischen Berechnungen. Die Ergebnisse des ESGs sind validiert um sicher zu stellen, dass der unter der verwendeten Kalibrierung erzeugte Szenariensatz konsistent zu den vorgegebenen Marktpreisen und der risikoneutralen Projektion ist und die verwendete Anzahl an Szenarien ausreichend für die Berechnung der vt. Rückstellungen ist.

Biometrische Rechnungsgrundlagen

Die biometrischen Best Estimate Rechnungsgrundlagen (Sterbe-, Invalidisierungs-, Reaktivierungs- und Pflegefallwahrscheinlichkeiten) basieren entweder auf offiziellen Tafeln der Deutschen Aktuarvereinigung oder auf den von Rückversicherern entwickelten Tafeln, die an den unternehmenseigenen Bestand angepasst wurden. Sie werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Vt. Zahlungsströme

Das Prophet-Modell, das zur Ermittlung der deterministischen vt. Zahlungsströme herangezogen wird, wird in vielen Unternehmensbereichen seit vielen Jahren eingesetzt. Alle wesentlichen Tarife sind detailliert abgebildet, das Modell wird kontinuierlich weiterentwickelt und ist umfassend validiert und kontrolliert.

¹ EIOPA-BoS-14/166 DE: Leitlinien zur Bewertung von vt. Rückstellungen, Leitlinie 62.

Zukünftiges Verhalten von Versicherungsnehmern

Zu allen wesentlichen Versicherungsnehmeroptionen (Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten) existieren Best Estimate-Rechnungsgrundlagen, die in der Regel auf Bestandsauswertungen beruhen. Diese werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die zukünftige Entwicklung des Versicherungsnehmerverhaltens ist schwer einzuschätzen, insbesondere weil aus der Analyse zu Kapitalabfindungsquoten bei beobachtetem fallendem Zinsniveau ein finanzrationales Verhalten der Kunden im Bestand der Swiss Life Niederlassung nicht nachweisbar ist. In der Bewertung der vt. Rückstellungen wird dennoch ein beschränktes Maß an finanzrationalem Verhalten der Kunden unterstellt.

Zukünftige Maßnahmen des Managements

Im Rahmen der Möglichkeiten eines Modells spiegeln die festgelegten Managementregeln die Vorgaben des Managements geeignet wider. Die Herleitung der Managementparameter erfolgt bei der Swiss Life Niederlassung objektiv und realistisch aus Ist-Zahlen, der Unternehmensplanung, der Historie oder aus Expertenschätzungen. Die Parametrisierung wird jährlich aktualisiert, Anpassungen werden quantifiziert und durch das LRC, gemäß dem eingerichteten Governance-System, verabschiedet.

Annahmen des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (expected profits in future premiums, EPIFP)

Für die Berechnung der EPIFP werden dieselben Annahmen wie bei der Ermittlung der vt. Rückstellungen zugrunde gelegt.

Wesentliche Unterschiede der verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen für die Bewertung nach Solvency II und nach Handelsrecht im Rahmen des Jahresabschlusses

Der handelsrechtlichen Bilanzierung und der Bilanzierung gemäß Solvency II liegen zwei sehr unterschiedliche Ansätze zu Grunde. Während unter Solvency II Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten grundsätzlich marktwertnah und unter Best-Estimate Grundlagen (ohne Sicherheitsspannen) bewertet werden, gilt für die handelsrechtliche Bilanz das Vorsichtsprinzip.

Unter Solvency II weichen sowohl die Bewertung als auch die Zuordnung der Einzelpositionen teilweise von der handelsrechtlichen Bilanz ab, sodass sich auch die vt. Rückstellungen gemäß handelsrechtlicher Bilanz nach Zuordnung unter Solvency II von den vt. Rückstellungen nach handelsrechtlicher Bilanz unterscheiden. Die Einzelpositionen werden folgendermaßen bewertet bzw. umgegliedert:

Bilanzposition	Handelsrechtliche Bewertung	Unterschied zu Solvency II
Deckungsrückstellung	Teil der vt. Rückstellungen; einzelvertragliche, prospektive Bewertung der erwarteten Aufwendungen für Versicherungsleistungen abzüglich der erwarteten Beitragszahlungen; Rechnungsgrundlagen enthalten Sicherheitsspannen	Bester Schätzwert; wird mit Best-Estimate-Grundlagen (ohne Sicherheitsspannen) berechnet; zusätzlich wird eine separat berechnete Risikomarge bestimmt; Verpflichtungen der unternehmenseigenen betrieblichen Altersvorsorge (VO) werden unter den Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen
Beitragsüberträge	Teil der vt. Rückstellungen; einzelvertraglich zum Stichtag abgegrenzte Beitragsanteile bei Versicherungsverträgen mit laufender Beitragszahlung	Keine eigene Position; sind im besten Schätzwert enthalten
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Teil der vt. Rückstellungen; enthält Rückstellungen für unerledigte Leistungsfälle und Rückkäufe, für Spätschäden und Regulierungskosten; wird teilweise mit und teilweise ohne Sicherheitsspannen bewertet	Keine eigene Position; Spätschäden und deren Regulierungsaufwand sind im besten Schätzwert enthalten; unerledigte Leistungen und Rückkäufe und deren Regulierungsaufwand werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittler ausgewiesen
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)	Teil der vt. Rückstellungen; enthält festgelegte und nicht festgelegte Mittel für die Überschussbeteiligung der VN; Sicherheitsspannen sind nicht explizit enthalten	Keine eigene Position; eigenmittelfähiger Teil der nicht-festgelegten RfB wird unter Solvency II als Überschussfonds den Eigenmitteln zugerechnet (soweit nicht als Entnahme gemäß §56b VAG bereits berücksichtigt); der verbleibende Teil ist im besten Schätzwert enthalten
Sonstige vt. Rückstellungen	Teil der vt. Rückstellungen; Bewertungsverfahren von Art der Rückstellung abhängig; Größenordnung der Position derzeit sehr gering	Keine eigene Position; wird zu Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) umgegliedert
Angesammelte und vorgetragene Überschüsse	Teil der Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber VN	Keine eigene Position; sind im besten Schätzwert enthalten
Nicht überfällige und vorausbezahlte Forderungen und Verbindlichkeiten	Teil der Forderungen und anderen Verbindlichkeiten und werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert	Keine eigene Position; sind im besten Schätzwert enthalten

In der handelsrechtlichen Bilanz für den Jahresabschluss wird auf der Passivseite von einzelnen Positionen der versicherungstechnischen Bruttorekstellungen (Deckungsrückstellung, Beitragsüberträge, Schadenrückstellung) jeweils der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft abgezogen. Für die übrigen Positionen (Rückstellung für Beitragsrückerstattung und sonstige vt. Rückstellungen) gibt es keinen solchen Anteil. Insgesamt wird somit nur die vt. Nettorückstellung ausgewiesen.

Unter Solvency II wird dagegen auf der Passivseite die vt. Rückstellung «Brutto» ausgewiesen. Der Wert für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wird als einforderbare Beträge aus Rückversicherung auf der Aktivseite ausgewiesen.

Folgende Tabelle stellt den Wert der vt. Rückstellungen nach HGB und Solvency II dar:

Vt. Rückstellungen («Brutto») 31.12.2019

In Tsd. EUR			
	Solvency II	HGB	Abweichung absolut
Vt. Rückstellungen		15.776.130	
Umordnung gemäss Solvency II		143.255	
Bester Schätzwert	16.787.411	15.919.385	868.026
Risikomarge	337.051	0	337.051
Vt. Rückstellungen – Leben	17.124.461	15.919.385	1.205.076
Vt. Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird		946.452	
Umordnung gemäss Solvency II		-133.421	
Bester Schätzwert	534.219	813.031	-278.812
Risikomarge	14.067	0	14.067
Vt. Rückstellungen – fonds – u. indexgeb. Leben	548.285	813.031	-264.745
Vt. Rückstellungen gesamt	17.672.746	16.732.416	940.331

Eine Überleitung der vt. Rückstellungen nach HGB zu Solvency II zeigt die folgende Tabelle:

In Tsd. EUR		31.12.2019
Vt. Rückstellungen («Brutto») nach HGB		16.732.416
Überschussfonds		-334.829
Best-Estimate Grundlagen und zukünftige Überschussbeteiligung		2.312.259
Zeitwert der Optionen und Garantien		2.710
Risikomarge		351.117
Rückstellungstransitional		-1.390.927
Vt. Rückstellungen («Brutto») nach Solvency II		17.672.746

Der Überschussfonds stellt den ökonomischen Wert von Versicherungsmitteln aus der nicht-festgelegten RfB dar, welcher gemäß Solvency II den Eigenmitteln zugeordnet wird.

Die Berücksichtigung von Best-Estimate Grundlagen beinhaltet sowohl die Verwendung von Best-Estimate Rechnungsgrundlagen (ohne Sicherheitsspannen) als auch die Diskontierung mit dem risikolosen Zins anstelle des Rechnungszinses. Die zukünftige Überschussbeteiligung ist der Barwert der zukünftigen Überschüsse, welche durch Verwendung von Best-Estimate Grundlagen den Versicherungsnehmern erwartungsgemäß zugeteilt werden.

Durch die stochastische Bewertung unter Solvency II wird der Zeitwert der Optionen und Garantien berücksichtigt. Die Risikomarge wird nur unter Solvency II berücksichtigt und stellt die Kapitalkosten dar, die ein Versicherungsunternehmen zusätzlich zum besten Schätzwert bereitstellen muss, wenn der Bestand unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen wird.

Bei dem Rückstellungstransitional handelt es sich um eine Anwendung der Übergangsmaßnahme zu den vt. Rückstellungen. Die Höhe dieses Abzugsterms basiert auf der Differenz

der Finanzmittelanforderungen gemäß Solvency I und unter Solvency II zum 31.12.2015. Für die Anwendung der Übergangsmaßnahme ist eine Frist von 16 Jahren vorgegeben, in der das Rückstellungstransitional sich linear abbaut. Der Anpassungssatz beträgt zum 31.12.2019 13/16-tel.

Erklärung zu den verwendeten LTGA- und Übergangsmaßnahmen

Um das Solvency II-Bewertungsmodell auf die Besonderheiten des langfristigen Geschäfts mit Garantien hin anzupassen, wurden im Rahmen der Omnibus II-Verhandlungen verschiedene Maßnahmen (sogenannte LTGA-Maßnahmen) ausgearbeitet. Ebenso wurde ein stufenweiser Umstieg auf das neue Aufsichtsregime vorgeschlagen.

Die Swiss Life Niederlassung hat sich entschieden die LTGA-Maßnahme zur Volatilitätsanpassung der Zinskurve² und die Übergangsmaßnahme bei den vt. Rückstellungen³ anzuwenden. Die Anwendung beider Maßnahmen wurde durch die zuständige lokale Aufsichtsbehörde genehmigt.

Eine Matching-Anpassung⁴ (LTGA-Maßnahme) sowie eine vorübergehend risikolose Zinskurve⁵ (Übergangsmaßnahme) werden durch die Swiss Life Niederlassung nicht angewendet.

Die Auswirkungen bei Nichtanwendung der LTGA- und Übergangsmaßnahme auf die Höhe der vt. Rückstellungen, die Eigenmittel, die Solvenzkapital- und die Mindestkapitalanforderung können folgender Tabelle entnommen werden:

Auswirkungen von Volatilitätsanpassung (VA) und Rückstellungstransitional (RT) auf die Ergebnisse 31.12.2019

In Tsd. EUR

	mit VA und mit RT	mit VA und ohne RT	ohne VA und ohne RT
Vt. Rückstellungen	17.672.746	19.063.673	19.060.205
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	2.083.187	1.084.502	1.085.694
SCR	243.216	256.964	274.087
SCR-Bedeckung in Prozent	857%	422%	396%
Anrechenbare Eigenmittel für das MCR	2.083.187	1.084.502	1.085.694
MCR	109.447	115.634	123.339
MCR-Bedeckung in Prozent	1903%	938%	880%

Dabei ergibt sich bei allen drei Bewertungsmethoden ein Überhang der passiven über die aktiven latenten Steuern.

Unter Berücksichtigung der Reduktion des Rückstellungstransitionals zum 01.01.2019 um ein weiteres 1/16tel würde sich eine SCR-Bedeckung in Höhe von 824% ergeben.

² Gemäß Artikel 77d der Richtlinie 2009/138/EG

³ Gemäß Artikel 308d der Richtlinie 2009/138/EG

⁴ Gemäß Artikel 77b der Richtlinie 2009/138/EG

⁵ Gemäß Artikel 308c der Richtlinie 2009/138/EG

Beschreibung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Unter Solvency II werden die einforderbaren Beträge aus den einzelnen Rückversicherungsverträgen getrennt bestimmt. Hierzu wird der Versicherungsbestand in die Zukunft projiziert und die für den einzelnen Rückversicherungsvertrag relevanten Zahlungsströme ermittelt.

Der Projektion der Zahlungsströme für die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen liegen dieselben Annahmen zugrunde wie der Projektion der Zahlungsströme für den besten Schätzwert der vt. Rückstellungen. Die Zahlungsströme umfassen auch die zum Bewertungsstichtag offenen, jedoch noch nicht überfälligen Zahlungen.

Die Summe aus dem Barwert dieser Zahlungsströme und der Depotverbindlichkeit bildet den Marktwert der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Da sämtliche Rückversicherungsverträge aktuell negative einforderbare Beträge aufweisen, wurde auf eine Anpassung aufgrund des erwarteten Verlustes im Zuge des Ausfalls der einzelnen Rückversicherer verzichtet.

Es bestehen keine Verträge mit Zweckgesellschaften.

Wesentliche Änderungen der relevanten Annahmen im Berichtszeitraum

Korrekturen und Modelländerungen führen zu einem Rückgang der vt. Rückstellungen. Ein geringer Rückgang resultiert auch aus der Aktualisierung der Annahmen und Parameter.

Durch die Einbeziehung der Ökonomie zum 31.12.2019 ergibt sich ein Anstieg der vt. Rückstellungen. Ebenso führt die Berücksichtigung des neuen Bestandes (dies beinhaltet auch den Kapitalanlagebestand) zu einem Anstieg der vt. Rückstellungen. Zudem erhöhen sich die vt. Rückstellungen durch die Reduktion des Rückstellungstransitionals.

Bedeutende vereinfachte Methoden zur Berechnung der vt. Rückstellungen

Aufgrund der Verwendung des BSMs zur ökonomischen Bewertung der vt. Rückstellungen kann hinsichtlich relevanter Vereinfachungen zwischen den Bereichen vt. Zahlungsströme, Kapitalanlagen und Managementmodul unterschieden werden. Zudem wurden bei der Berechnung der Risikomarge Vereinfachungen unterstellt.

Vt. Zahlungsströme

Die Projektion der deterministischen vt. Zahlungsströme, die in das BSM einfließen, erfolgt zunächst auf Basis von Vertragsbausteinen. Dabei werden die Verträge aufgeteilt in Haupt- und Zusatzversicherungen. Die Zahlungsströme der Vertragsbausteine werden separat projiziert und anschließend aggregiert, wobei spezifische Risikomerkmale, z.B. der Rechnungszins, in der Schnittstelle zum BSM erhalten bleiben. Im Zuge dieser Prozedur kommt es zu Vereinfachungen hinsichtlich tariflicher Spezifika, die aus der Interaktion zwischen den Vertragsbausteinen entstehen. Die separate Projektion mit nachfolgender Aggregation beeinflusst die Bewertung der vt. Rückstellungen nicht signifikant.

Ein geringer Anteil an Tarifen wird in der Projektion der deterministischen vt. Zahlungsströme nur näherungsweise abgebildet, weil u.a. keine ausreichenden Vertragsinformationen vorliegen (z.B. bei fremdgeführtem Konsortialgeschäft). Darüber hinaus sind in der Projektion Beitragsfreistellungen näherungsweise durch implizite Verrechnung mit den Stornowahrscheinlichkeiten abgebildet. Die Modellierung der Witwenrenten ist in Prophet nur vereinfacht umgesetzt; sie sieht vor, dass bei Rentenübergang des Vertrags die Witwenrente mit einer Kapitalauszahlung

abgeht, eine darüberhinausgehende Rentenphase ist nicht modelliert. Diese Vereinfachungen werden auf Grund des niedrigen Bestandsvolumens als nicht signifikant angesehen.

Die dynamischen Hybrid-Tarife sind näherungsweise den Versicherungen mit Überschussbeteiligungen zugeordnet. Aufgrund der geringen Bestandsgröße und des konservativen Ansatzes wird diese Näherung als nicht signifikant angesehen.

Die Zinszusatzreserve (ZZR) ist in Prophet nicht vollständig umgesetzt und muss daher zum Teil geschätzt werden. Der geschätzte Anteil der ZZR wird als nicht signifikant angesehen. Zudem wird über die Basispunktberechnung der ZZR im BSM ein vereinfachter stückweise linearer oder quadratischer Zusammenhang bezüglich Deckungskapital und Zins angenommen. Diese Annahme insbesondere bezüglich Zins ist in Realität nicht gegeben und stellt somit eine Vereinfachung dar. Unternehmensindividuelle Validierungen haben gezeigt, dass die verwendete Abbildung der ZZR im BSM keine signifikanten Auswirkungen auf die vt. Rückstellungen hat.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagemodellierung im BSM ist insbesondere hinsichtlich der Anzahl der möglichen Kapitalanlageklassen, der Asset-Allokation, der pauschalen Ansetzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten und dem Verdichten des Bestandes an festverzinslichen Instrumenten auf Jahresscheiben vereinfacht. Der Kapitalanlagebestand der Swiss Life Niederlassung ist über die drei modellierten Kapitalanlageklassen nahezu vollständig abgedeckt und auch die Modellierung der Asset-Allokation ist für die Belange der Swiss Life Niederlassung ausreichend. Insofern kommt es im Hinblick auf die pauschale Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und den unterjährigen Effekten zu Vereinfachungen, die als nicht signifikant angesehen werden.

Managementmodul

Der im BSM umgesetzte Katalog an Managementregeln ist grundsätzlich dafür geeignet alle künftigen Maßnahmen des Managements abzubilden, die für die Bewertung der vt. Rückstellungen relevant sind. Die Parametrisierung der Managementregeln wird aus Historien, Ist- oder Planwerten oder auf Basis von Expertenschätzungen hergeleitet.

Risikomarge

Die Risikomarge wird anhand der Vereinfachungsstufe 2 im Sinne der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von vt. Rückstellungen berechnet. Diese Vereinfachung wird als nicht signifikant angesehen.

Angemessenheit der Modellierung insgesamt

Alle getroffenen Vereinfachungen werden aktuell als nicht signifikant eingeschätzt. Insgesamt betrachtet die Swiss Life Niederlassung die Modellierung der vt. Rückstellungen unter Solvency II als angemessen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Auch die Verbindlichkeiten werden in der Solvabilitätsübersicht zum ökonomischen Wert bewertet. Dies ist jener Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten an einen anderen Marktteilnehmer übertragen oder beglichen werden können. Die Ermittlung folgt der Solvency II-Bewertungshierarchie. Bei der Bewertung wird keine Berichtigung zur Berücksichtigung der unternehmenseigenen Bonität vorgenommen. In der nachfolgenden Übersicht sind die wesentlichen sonstigen Verbindlichkeiten unter Angabe ihrer Wertansätze nach Solvency II und HGB dargestellt.

In Tsd. EUR

	Solvency II 31.12.2019	HGB 31.12.2019	Abweichung absolut	Solvency II 31.12.2018	HGB 31.12.2018	Abweichung absolut
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	11.507	12.481	-974	14.032	14.228	-196
Rentenzahlungsverpflichtungen	131.208	76.638	54.570	102.108	68.749	33.359
Einlagen von Rückversicherern	105.308	105.308		96.342	96.342	
Latente Steuerschulden	478.470	12.497	465.973	467.631	0	467.631
Derivate				10.794	0	10.794
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	86.996	86.970	26	126.209	126.178	31
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	90.141	87.119	3.022	87.633	87.598	35
Sonstige Verbindlichkeiten gesamt	903.630	381.013	522.617	904.749	393.096	511.653

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen als vt. Rückstellungen sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, werden diese mit dem Barwert bewertet und mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich aus Personalkostenrückstellungen, Prozesskostenrückstellungen und sonstigen Rückstellungen zusammen. Die Bewertung für Solvency II entspricht mit Ausnahme des Diskontierungszinssatzes im Wesentlichen der Bewertung nach HGB.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Bewertung der bestehenden leistungsorientierten Versorgungspläne folgt den Regeln des IAS 19. Insgesamt bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 186.347 Tsd. Euro (2018: 186.347 Tsd. Euro). Nachstehende versicherungsmathematische Parameter wurden zur Bestimmung der Verpflichtungen herangezogen:

- Pensionsalter 65 Jahre
- Gehaltsdynamik 2,5 %
- Rentendynamik 1,7 %
- Rechnungszins 0,95 %

Zur insolvenz-sicheren Ausfinanzierung arbeitgeberfinanzierter Versorgungszusagen besteht ein Contractual Trust Arrangement (CTA). Das zweckgebundene Vermögen besteht aus Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens in Höhe von 36.599 Tsd. Euro (2018: 38.256 Tsd. Euro) ergibt sich aus dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsvertrages und entspricht damit den fortgeführten Anschaffungskosten. Darüber hinaus liegt Planvermögen in Form eines langfristig ausgelegten Fonds zur Erfüllung der Leistungen an Arbeitnehmer in Höhe von 52.931 Tsd. Euro (2018: 46.4146 Tsd. Euro) vor.

Die Bewertung nach HGB weicht hinsichtlich des Rechnungszinses von der Bewertung nach Solvency II ab. Die Abzinsung gemäß HGB erfolgt mit dem durchschnittlichen Zinssatz der vergangenen zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (s. dazu § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB), den die Deutsche Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht. Für die Bewertung zum 31.12.2019 wurde dabei ein Rechnungszins in Höhe von 2,71 % (2018: 3,21 %) herangezogen. Außerdem ergab sich mit dem Übergang auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz zum 01.01.2010 im Vergleich zu den Rückstellungen zum 31.12.2009 eine Initialdifferenz von 13.496 Tsd. Euro. Zum 31.12.2019 beträgt der Unterschiedsbetrag 1.173 Tsd. Euro (2018: 2.073 Tsd. Euro).

Abweichungen zwischen Solvency II und HGB ergeben sich auch daraus, dass an externe Versorgungseinrichtungen ausgelagerte Pensionsverpflichtungen sowie Verpflichtungen aus der unternehmenseigenen betrieblichen Altersvorsorge des Durchführungsweges Direktversicherung im handelsrechtlichen Abschluss nicht anzusetzen sind.

Einlagen von Rückversicherern

Die Depotverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern werden unter Solvency II analog zur Bilanzierung unter HGB in einer eigenen Bilanzposition ausgewiesen.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgrund der Laufzeit der Bardepots von einem Jahr werden die Verbindlichkeiten nicht abgezinst.

Latente Steuerschulden

Latente Steuern errechnen sich aus den temporären Differenzen zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Solvabilitätsübersicht und der Steuerbilanz. Die Ermittlung erfolgt unter Beachtung der Auslegungsentscheidung der BaFin zur Thematik «Latente Steuern auf versicherungstechnische Rückstellungen unter Solvency II». Danach werden nur die festgelegten Anteile der RfB in die für die Bewertung der latenten Steuern heranzuziehenden versicherungstechnischen Rückstellungen einbezogen. Latente Steueransprüche werden auch auf etwaige steuerliche Verlustvorträge gebildet.

Grundsätzlich wird bei Auslegungsfragen auf den entsprechenden internationalen Rechnungslegungsstandard IAS 12 zurückgegriffen. Die Differenzen werden mit dem individuellen Steuersatz von 28,2 % (2018: 28,2 %) bewertet. Latente Steuerguthaben und -verbindlichkeiten werden nicht diskontiert.

Die Swiss Life Niederlassung unterliegt dem deutschen Steuerrecht, das grundsätzlich die Verrechnung von aktuellen Steueransprüchen gegen aktuelle Steuerverbindlichkeiten ermöglicht. Darüber hinaus werden die bestehenden latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten von derselben Steuerbehörde erhoben. Sofern sich die steuerpflichtigen temporären Differenzen erwartungsgemäß im gleichen Zeitraum auflösen werden, in dem sich die abziehbaren temporären Differenzen auflösen oder gegen noch nicht genutzte steuerliche Verluste verrechnet werden können, werden die latenten Steueransprüche mit den latenten Steuerverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht verrechnet ausgewiesen. Der Nachweis der Fristenkongruenz wird über Projektionsrechnungen dargestellt.

Im Berichtszeitraum übersteigen die passiven latenten Steuern die aktiven latenten Steuern. In der Solvency II Übersicht wird der bestehende passive Überhang unter den latenten Steuerschulden ausgewiesen.

Nach HGB werden passive und aktive latente Steuern aus den handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätzen ebenfalls miteinander verrechnet. Dabei liegt ein Steuersatz von 28,2 % zugrunde. Im Geschäftsjahr sind aufgrund des Überhangs der latenten Steuern auf passivische Differenzen über die latenten Steuern aus aktivischen latenten Differenzen und Verlustvorträgen passive latente Steuern gebildet worden.

Derivate

(s. dazu Kapitel D.1 Vermögenswerte: Derivate).

Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Hier werden Verbindlichkeiten aus laufenden Bürgschaften ausgewiesen, die sowohl nach HGB als auch nach Solvency II zum Erfüllungsbetrag bewertet werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Die Bewertung für Solvency II entspricht der Bewertung nach HGB. Nichtüberfällige Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern sind seit dem Geschäftsjahr 2019 Teil der vt. Rückstellungen (s. dazu Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen).

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

(s. dazu Kapitel D.1 Vermögenswerte: Forderungen gegenüber Rückversicherern)

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die i. d. R. kurzfristigen Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Sie bestehen hauptsächlich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Steuerverbindlichkeiten. Die Bewertung für Solvency II entspricht der Bewertung nach HGB.

Darüber hinaus sind in der Position auch Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen wie Autos, Gebäude, und Informationstechnologie in Höhe von 2.952 Tsd. Euro erfasst, bei denen die Swiss Life Niederlassung Leasingnehmer ist. Dem stehen Vermögenswerte in Höhe von 2.933 Tsd. Euro gegenüber, die in der Position «Immobilien, Sachanlagen für den Eigenbedarf» ausgewiesen werden. Der Anstieg der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem ab 2019 anzuwendenden Bilanzierungsstandard IFRS 16, wonach ehemals als Operating Leasing klassifizierte Objekte nun auch als Finanzierungsleasing zu zeigen sind. Basierend hierauf ergeben sich Leasingaufwendungen in Höhe von 1.024 Tsd. Euro.

Nach HGB wird Finanzierungsleasing beim Leasingnehmer nicht in der Bilanz erfasst.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Sofern Marktpreise für identische Vermögenswerte an aktiven Märkten nicht verfügbar sind, werden «Mark to Model»-Bewertungen oder alternative Bewertungsmethoden verwendet. Für die wichtigsten Vermögensgruppen werden diese im Folgenden beschrieben.

Die Marktwerte für nicht börsennotierte Anleihen, Kredite und Hypotheken und Derivate werden mit der Barwertmethode ermittelt. Dabei werden die Zinsstrukturkurven sowie die Credit Spreads am Bewertungsstichtag berücksichtigt. Die Zinsstrukturkurven werden börsentäglich aktiv gehandelt und für die Abzinsung der Zahlungsströme der einzelnen Bestände zum Bewertungsstichtag zugrunde gelegt. Die zu berücksichtigenden Credit Spreads werden auf Ebene von gebildeten Modelportfolios, die den aktuellen Bestand repräsentieren, anhand börsengehandelter Anleihen abgeleitet und den jeweiligen Beständen zugewiesen.

Die Ermittlung der Zeitwerte für Immobilien erfolgt mittels Ertragswert- und Sachwertverfahren, die auf Grundlage externer Wertgutachten von öffentlich bestellten Sachverständigen auf Basis von jeweils aktuellen Ist-Daten jährlich durchgeführt werden. Hiervon ausgenommen sind die in der Erstellung befindlichen Bauten, für die als Zeitwert die Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt werden. Zusätzlich werden Projektbewertungen durch die externen Sachverständigen erstellt.

Der Zeitwert von verbundenen Unternehmen wird, sofern ein Ansatz nach der Standardbewertungsmethode, der angepassten Equity-Methode oder der IFRS-Equity-Methode nicht möglich oder praktikabel ist, mit dem Ertragswertverfahren ermittelt. Die Höhe des risikolosen Basiszinssatzes, die Marktrisikoprämie und der Betafaktor orientieren sich an den Empfehlungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Die Annahmen für das Kapitalmarktumfeld basieren auf den Kapitalmarktszenarien der Mittelfristplanung. Bewertungsunsicherheiten bestehen insbesondere hinsichtlich der Annahmen zum Kapitalmarktumfeld und zur Umsatzentwicklung im Rahmen der Unternehmensplanung.

D.5 Sonstige Angaben

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Sonstige wesentliche Informationen im Kontext der Bewertung für Solvabilitätszwecke lagen im Berichtszeitraum nicht vor.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Kapitalmanagementziele und -verfahren

Die Swiss Life Niederlassung verfolgt das Ziel, jederzeit über ausreichend anrechnungsfähige Eigenmittel zu verfügen, um die Solvenzkapitalanforderung (SCR) und die Mindestkapitalanforderung (MCR) zu bedecken. Die Bedeckungsquoten und die Bewegungen im SCR und MCR werden daher vierteljährlich beobachtet. Um die jederzeitige Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen zu gewährleisten, verfügt die Swiss Life Niederlassung zum 31.12.2019 über ausreichende Eigenmittel, um auch bei plötzlichen Wertänderungen von Vermögen und Verbindlichkeiten kurzfristige Unterdeckungen vermeiden zu können.

Die Eigenmittelsituation der Swiss Life Niederlassung ist aufgrund ihres Status als Niederlassung wenig komplex. Die Eigenmittelpflicht erfolgt im Rahmen des jährlich stattfindenden Own Risk and Solvency Assessments für unterschiedliche Szenarien über einen Zeithorizont von drei Jahren.

Informationen über die Struktur, Qualität, Höhe, Verfügbarkeit und Anrechenbarkeit der Eigenmittel

Im Anhang ist der Meldebogen enthalten, den alle Unternehmen veröffentlichen müssen. Die Zuordnung der Eigenmittelbestandteile zu den einzelnen Positionen im Meldebogen folgt jedoch den speziellen Vorgaben für Niederlassungen von Unternehmen aus Drittstaaten. Nachrangige Verbindlichkeiten der Qualitätsklasse 1 sind hier Teil der Ausgleichsrücklage und keine eigene Position in den Eigenmitteln.

Die Ausgleichsrücklage – in Höhe des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten – bildet die Basiseigenmittel der Swiss Life Niederlassung. Latente Netto-Steueransprüche bestehen nicht. Die Basiseigenmittel erfüllen die Anforderungen der Qualitätsklasse 1 und sind verfügbar sowie vollständig anrechenbar zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung.

Unterschiede zwischen dem Eigenkapital zum Jahresabschluss und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Das Eigenkapital zum Jahresabschluss gemäß § 272 HGB setzt sich wie folgt zusammen:

In Tsd. EUR

	31.12.2019	31.12.2018
1. Feste Kautions	925	925
2. Kapitalrücklage	387.722	360.222
3. Jahresüberschuß	27.500	27.500
Eigenkapital HGB	416.147	388.647

Die feste Kautions basiert auf den Vorgaben des § 69 Abs. 2 VAG. In den Rücklagen wird das von der Swiss Life AG, Zürich gewidmete Eigenkapital ausgewiesen.

Der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten setzt sich wie folgt zusammen:

In Tsd. EUR	31.12.2019	31.12.2018
1. Feste Kaution	925	925
2. Kapitalrücklage	387.722	360.222
3. Jahresüberschuß	27.500	27.500
4. Nachrangige Verbindlichkeiten	100.000	100.000
5. Überschussfonds	334.829	342.006
6. Sonstige Rücklage aus Bewertungsunterschieden Solvency II und HGB	1.232.211	1.258.742
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	2.083.187	2.089.395

Der Überschussfonds stellt den ökonomischen Wert von Versicherungsnehmermitteln aus der nicht-festgelegten RfB zum Bewertungsstichtag dar, der zur Deckung von Verlusten verwendet werden darf und nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt. Dabei erfolgt die Ermittlung des ökonomischen Wertes des Überschussfonds über eine Projektion zukünftiger Zahlungsströme aus der nicht-festgelegten RfB an Versicherungsnehmer.

Die sonstige Rücklage aus Bewertungsunterschieden resultiert aus der Verwendung unterschiedlicher Bewertungsansätze nach Solvency II und HGB, die in Kapitel D. Bewertung für Solvabilitätszwecke beschrieben sind. Der überwiegende Teil basiert auf Bewertungsunterschieden aus Kapitalanlagen. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld, die Einengung der Kreditaufschläge sowie der Preisanstieg bei Immobilien und Infrastruktur-Investments hatten einen deutlichen Anstieg der stillen Reserven im Vergleich zum Vorjahr zur Folge. Im Rahmen von regelmäßigen Asset-Liability-Analysen wird unter Zugrundelegung unterschiedlicher ökonomischer Szenarien und Sensitivitäten insbesondere die Auswirkung auf die Ausgleichsrücklage betrachtet.

Anwendung der Übergangsregeln gemäß § 345 Abs. 1 VAG

Die nachrangigen Verbindlichkeiten bestehen aus zwei Darlehen von jeweils 50.000 Tsd. Euro gegenüber der Swiss Life Holding AG, Zürich. Die Darlehen werden unbefristet gewährt und könnten erstmals nach zehn Jahren 2023 bzw. 2024 – unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde – zurückgezahlt werden. Der Zinssatz beträgt aktuell bis zum ersten möglichen Rückzahlungszeitpunkt jährlich 6,75 % bzw. 4,3 %. Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden unter Anwendung der Übergangsregeln gemäß § 345 Abs. 1 VAG der Qualitätsklasse 1 zugeordnet.

Ergänzende Eigenmittel und Abzüge von den Eigenmitteln

Ergänzende Eigenmittel wurden zur aufsichtsrechtlichen Genehmigung nicht beantragt. Die Swiss Life Niederlassung hält keine Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten. Abzüge von den Eigenmitteln waren daher nicht erforderlich.

Latente Steueransprüche

Im Geschäftsjahr bestanden latente Steueransprüche in Höhe von 526.906 Tsd. Euro. Gemäß Prognoserechnung steht der Betrag bei Umkehrung der latenten Steuerverbindlichkeiten (2019: 1.005.376 Tsd. Euro) im Zusammenhang mit den Einkommenssteuern vollständig zur Verfügung.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Beträge der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung

Die Höhe der aufsichtsrechtlichen Solvenzkapitalanforderung (SCR) nach Solvency II, unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung der Zinskurve und der Übergangsmaßnahme bei den vt. Rückstellungen beträgt 243.216 Tsd. Euro.

Die Höhe der aufsichtsrechtlichen Mindestsolvenzkapitalanforderung (MCR) nach Solvency II unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung der Zinskurve und der Übergangsmaßnahme bei den vt. Rückstellungen beträgt 109.447 Tsd. Euro. Zum aktuellen Stichtag war die MCR-Obergrenze (entspricht 45% des SCR) bei der Swiss Life Niederlassung ausschlaggebend.

Der endgültige Betrag des SCR unterliegt noch der aufsichtsrechtlichen Prüfung.

Aufschlüsselung der Solvenzkapitalanforderung nach Risikomodulen

Die aufsichtsrechtliche Solvenzkapitalanforderung wird für alle Risikomodulen, also Marktrisiko, Gegenparteausfallrisiko, vt. Risiko Leben, vt. Risiko Kranken und operationelles Risiko gemäß der Solvency II-Standardformel bestimmt. Die Anteile der einzelnen Risikomodulen an der gesamten aufsichtsrechtlichen Solvenzkapitalanforderung im Vergleich zum Vorjahr kann folgender Tabelle entnommen werden:

In Tsd. EUR

	31.12.2019	31.12.2018	Abweichung absolut
Marktrisiko	1.776.283	1.619.782	156.501
Gegenparteausfallrisiko	79.939	91.866	-11.926
vt. Risiko Leben	824.029	699.778	124.251
vt. Risiko Kranken	1.660.229	1.486.632	173.597
Diversifikation	-1.232.803	-1.105.633	-127.170
Basissolvvenzkapitalanforderung	3.107.678	2.792.425	315.253
Operationelles Risiko	79.499	70.169	9.330
Risikominderung durch ZÜB	-2.848.435	-2.590.912	-257.524
Risikominderung durch lat. Steuern	-95.525	-76.614	-18.911
Solvvenzkapitalanforderung	243.216	195.068	48.148

Auf die Veränderung der aufsichtsrechtlichen Solvenzkapitalanforderung wird unter «Wesentliche Änderungen der Solvenz- und der Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum» eingegangen.

Angaben zu vereinfachte Berechnungen

Die Swiss Life Niederlassung wendet keine vereinfachten Berechnungen in den Risikomodulen und Untermodulen der Standardformel an.

Angaben zu unternehmensspezifische Parametern

Die Swiss Life Niederlassung setzt keine unternehmensspezifische Parameter⁶ an.

⁶ gemäß Artikel 104 Abs. 7 der Richtlinie 2009/138/EG

Erklärung zur Offenlegung von Kapitalaufschlägen sowie der quantitativen Auswirkung der unternehmensspezifischen Parameter

In Deutschland wurde mit § 341 VAG von der in Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2009/138/EG vorgesehenen Option Gebrauch gemacht.

Verwendete Inputs bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung (MCR) berechnet sich aus einem linearen Anteil, welcher durch eine vom SCR abhängige Ober- und Untergrenze sowie zusätzlich durch eine gesetzlich vorgegebene absolute Untergrenze beschränkt ist. Die Berechnung des linearen Anteils erfolgt gemäß aufsichtsrechtlichen Vorgaben anhand der vt. Verpflichtungen (aufgeteilt nach den drei wesentlichen Geschäftsbereichen und zusätzlich für die Lebensversicherungen mit Überschussbeteiligung aufgeteilt nach garantierten Leistungen und künftigen Überschussbeteiligungen) und dem Risikokapital.⁷

Wesentliche Änderungen der Solvenz- und der Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum

Wesentliche Änderungen im Wert der Solvenzkapitalanforderung (SCR) im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben sich aus der Berücksichtigung der Ökonomie zum 31.12.2019, welche das SCR erhöht. Ebenso resultiert durch die Aktualisierung der Annahmen und Parameter eine Erhöhung des SCR. Die Einbeziehung des neuen Bestandes (sowohl vt. Cashflows als auch Kapitalanlagebestand) führt zu einer Reduktion des SCR. Zusätzlich sinkt das SCR durch Korrekturen und Modelländerungen. Dieselben Entwicklungen spiegeln sich in der Mindestkapitalanforderung wieder, welche weiterhin durch die Obergrenze von 45% des SCR bestimmt ist.

Informationen zur Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern

Die Solvenzkapitalanforderung wurde um 95.525 Tsd. Euro für die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern angepasst. Die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern im Stressfall ist bereits durch die passiven latenten Steuern der Solvenzbilanz begründet (2019: 478.470 Tsd. Euro; s. dazu Kapitel D.3 Sonstige Verbindlichkeiten). Zukünftige Gewinne aus zukünftigem Neugeschäft wurden für den Nachweis der Werthaltigkeit daher nicht herangezogen.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Swiss Life Niederlassung verwendet kein internes Modell.

⁷ gemäß Artikel 129 Abs. 1 der Richtlinie 2009/138/EG

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Während des Berichtszeitraums wurde keine Nichteinhaltung von Mindestkapital- und Solvenzkapitalanforderung festgestellt.

E.6 Sonstige Angaben

Sonstige wesentliche Informationen zum Kapitalmanagement der Swiss Life Niederlassung liegen für den Berichtszeitraum nicht vor.

Quantitative Meldebögen

S.02.01.02 Bilanz

in Tausend EUR

Solvabilität II Wert

C0010

VERMÖGENSWERTE PER 31. DEZEMBER 2019

Immaterielle Vermögenswerte	R0030	
Latente Steueransprüche	R0040	
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	80 434
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	19 186 014
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	946 255
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	930 115
Aktien	R0100	2
Aktien — notiert	R0110	
Aktien — nicht notiert	R0120	2
Anleihen	R0130	8 228 480
Staatsanleihen	R0140	5 688 462
Unternehmensanleihen	R0150	1 804 419
Strukturierte Schuldtitel	R0160	735 599
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	8 969 745
Derivate	R0190	96 654
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	
Sonstige Anlagen	R0210	14 764
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	809 898
Darlehen und Hypotheken	R0230	511 968
Policendarlehen	R0240	22 130
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	468 281
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	21 557
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	-36 570
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	-36 570
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	38 492
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	-75 062
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	
Depotforderungen	R0350	
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	20 822
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	52 737
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	27 739
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	6 521
VERMÖGENSWERTE INSGESAMT	R0500	20 659 563

S.02.01.02 Bilanz (fortgesetzt)

in Tausend EUR

Solvabilität II Wert

C0010

VERBINDLICHKEITEN PER 31. DEZEMBER 2019

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	17 124 461
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	750 002
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	681 899
Risikomarge	R0640	68 103
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	16 374 459
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	16 105 511
Risikomarge	R0680	268 948
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	548 285
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	534 219
Risikomarge	R0720	14 067
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	11 507
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	131 208
Depotverbindlichkeiten	R0770	105 308
Latente Steuerschulden	R0780	478 470
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	86 996
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	90 141
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	
VERBINDLICHKEITEN INSGESAMT	R0900	18 576 376
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	2 083 187

S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

per 31. Dezember 2019		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung		Lebensrückversicherung
in Tausend EUR		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
GEBUCHTE PRÄMIEN										
Brutto	R1410	391 882	712 530	68 423						1 172 835
Anteil der Rückversicherer	R1420	30 858	31 193	0						62 052
Netto	R1500	361 024	681 336	68 423						1 110 783
VERDIENTE PRÄMIEN										
Brutto	R1510	392 496	717 670	68 423						1 178 589
Anteil der Rückversicherer	R1520	30 534	31 217	0						61 751
Netto	R1600	361 962	686 453	68 423						1 116 838
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE										
Brutto	R1610	120 093	908 529	39 749						1 068 372
Anteil der Rückversicherer	R1620	6 874	24 691	0						31 565
Netto	R1700	113 219	883 838	39 749						1 036 806
VERÄNDERUNG SONSTIGER VERSICHERUNGSTECHNISCHER RÜCKSTELLUNGEN										
Brutto	R1710	-104 978	-242 215	-150 674						-497 867
Anteil der Rückversicherer	R1720	-8 666	0	0						-8 666
Netto	R1800	-96 312	-242 215	-150 674						-489 201
Angefallene Aufwendungen	R1900	99 404	184 410	27 497						311 310
Sonstige Aufwendungen	R2500									8 430
GESAMTAUFWENDUNGEN	R2600									319 740

S.05.02.01 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

per 31. Dezember 2019

in Tausend EUR	Herkunftsland	Fünfwichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Lebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
		C0150	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	
	R1400							
		C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280
GEBUCHTE PRÄMIEN								
Brutto	R1410	1 172 835						1 172 835
Anteil der Rückversicherer	R1420	62 052						62 052
Netto	R1500	1 110 783						1 110 783
VERDIENTE PRÄMIEN								
Brutto	R1510	1 178 589						1 178 589
Anteil der Rückversicherer	R1520	61 751						61 751
Netto	R1600	1 116 838						1 116 838
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE								
Brutto	R1610	1 068 372						1 068 372
Anteil der Rückversicherer	R1620	31 565						31 565
Netto	R1700	1 036 806						1 036 806
VERÄNDERUNG SONSTIGER VERSICHERUNGSTECHNISCHER RÜCKSTELLUNGEN								
Brutto	R1710	-497 867						-497 867
Anteil der Rückversicherer	R1720	-8 666						-8 666
Netto	R1800	-489 201						-489 201
Angefallene Aufwendungen	R1900	311 310						311 310
Sonstige Aufwendungen	R2500							8 430
GESAMTAUFWENDUNGEN	R2600							319 740

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

per 31. Dezember 2019	Index- und fondsgebundene Versicherung				Sonstige Lebensversicherung				Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. Fondsgebundenes Geschäft)	
	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Gesamt	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Gesamt	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen und im Zusammen- hang mit anderen Versiche- rungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Kranken- versicherungsverpflichtungen)		In Rück- deckung übernom- menes Geschäft
in Tausend EUR	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN BERECHNET ALS SUMME AUS BESTEM SCHÄTZWERT UND RISIKOMARGE										
BESTER SCHÄTZWERT										
Beste Schätzwert (brutto)	R0030	17 277 507		601 804						17 879 311
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	-75 062		0						-75 062
Beste Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	17 352 568		601 804						17 954 372
Risikomarge	R0100	268 948	14 067							283 014
BETRAG BEI ANWENDUNG DER ÜBERGANGSMASSNAHME BEI VERSICHERUNGSTECHNISCHEM RÜCKSTELLUNGEN										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110									
Beste Schätzwert	R0120	-1 171 995		-67 585						-1 239 581
Risikomarge	R0130									
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN – GESAMT	R0200	16 374 459	548 285							16 922 744

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (fortgesetzt)

per 31. Dezember 2019

		Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)
		Gesamt	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien			
in Tausend EUR		C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet							
	R0010						
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet							
	R0020						
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN BERECHNET ALS SUMME AUS BESTEM SCHÄTZWERT UND RISIKOMARGE							
BESTER SCHÄTZWERT							
BESTER SCHÄTZWERT (BRUTTO)							
	R0030			833 246			833 246
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen							
	R0080			38 492			38 492
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt							
	R0090			794 754			794 754
Risikomarge							
	R0100	68 103					68 103
BETRAG BEI ANWENDUNG DER ÜBERGANGSMASSNAHME BEI VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet							
	R0110						
Bester Schätzwert							
	R0120			-151 346			-151 346
Risikomarge							
	R0130						
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN – GESAMT							
	R0200	750 002					750 002

S.22.01.21 Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

per 31. Dezember 2019

in Tausend EUR		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	17 672 746	1 390 927	0	-3 468	0
Basiseigenmittel	R0020	2 083 187	-998 686	0	1 192	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	2 083 187	-998 686	0	1 192	0
SCR	R0090	243 216	13 748	0	17 123	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	2 083 187	-998 686	0	1 192	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	109 447	6 187	0	7 705	0

S.23.01.01 Eigenmittel

per 31. Dezember 2019

in Tausend EUR	Gesamt	Tier 1 –	Tier 1 –	Tier 2	Tier 3
		nicht gebunden	gebunden		
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
BASEISEIGENMITTEL VOR ABZUG VON BETEILIGUNGEN AN ANDEREN FINANZBRANCHEN IM SINNE VON ARTIKEL 68 DER DELEGIERTEN VERORDNUNG (EU) 2015/35					
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010				
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030				
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040				
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050				
Überschussfonds	R0070				
Vorzugsaktien	R0090				
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110				
Ausgleichsrücklage	R0130	2 083 187	2 083 187		
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140				
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	0			0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180				
IM JAHRESABSCHLUSS AUSGEWIESENE EIGENMITTEL, DIE NICHT IN DIE AUSGLEICHSRÜCKLAGE EINGEHEN UND DIE DIE KRITERIEN FÜR DIE EINSTUFUNG ALS SOLVABILITÄT-II-EIGENMITTEL NICHT ERFÜLLEN					
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220				
ABZÜGE					
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	2 083 187	2 083 187	0	0
ERGÄNZENDE EIGENMITTEL					
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300				
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nichteingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310				
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320				
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330				
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340	0		0	
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350	0		0	0
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360				
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370				
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390	0		0	0
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400	0		0	0
ZUR VERFÜGUNG STEHENDE UND ANRECHNUNGSFÄHIGE EIGENMITTEL					
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	2 083 187	2 083 187	0	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	2 083 187	2 083 187	0	
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	2 083 187	2 083 187	0	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	2 083 187	2 083 187	0	
SCR	R0580	243 216			
MCR	R0600	109 447			
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	856.52%			
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	1903.37%			
					C0060
AUSGLEICHSRÜCKLAGE					
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	2 083 187			
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710				
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720				
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	0			
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sondervänden	R0740				
Ausgleichsrücklage	R0760	2 083 187			
ERWARTETE GEWINNE					
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	448 488			
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780				
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	448 488			

S.25.01.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

per 31. Dezember 2019

in Tausend EUR		Brutto-Solvenzkapital-	USP	Vereinfachungen
		anforderung		
		C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010	1 776 283		
Gegenparteausfallrisiko	R0020	79 939		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	824 029		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	1 660 229		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	0		
Diversifikation	R0060	-1 232 803		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100	3 107 678		

BERECHNUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

		C0100
Operationelles Risiko	R0130	79 499
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-2 848 435
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-95 525
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	0
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	243 216
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	0
Solvenzkapitalanforderung	R0220	243 216

WEITERE ANGABEN ZUR SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410	243 216
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	0
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	0

S.28.01.01 Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungen

per 31. Dezember 2019		C0040	
MCR _L -Ergebnis	R0200	578 035	
in Tausend EUR		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risiko- kapital (nach Ab- zug der Rückver- sicherung/Zweck- gesellschaft)
		C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	15 259 131	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	1 142 231	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	551 279	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	720 104	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		76 945 191

S.28.01.01 Berechnung der Gesamt-MCR

per 31. Dezember 2019		C0070	
in Tausend EUR			
Lineare MCR	R0300	578 035	
SCR	R0310	243 216	
MCR-Obergrenze	R0320	109 447	
MCR-Untergrenze	R0330	60 804	
Kombinierte MCR	R0340	109 447	
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3 700	
			C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400		109 447

Kontakt

Swiss Life AG
Niederlassung für Deutschland

Zeppelinstrasse 1
85748 Garching b. München
Tel. +49 89 38109-0
Fax +49 89 38109-4405
info@swisslife.de

www.swisslife.de

Impressum

Herausgeber – Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland

Produktion – Management Digital Data AG, Lenzburg

© Swiss Life AG, Niederlassung für Deutschland, 2020

